Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926] **Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.** [Fernsprecher Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße Nr. 50/52**, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich **Mk. 1.60.** Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die **Anzeigengebühr** beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum **15** Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur **10** Pfg., auswärtige Anzeigen **20** Pfg. — **Inserate** für die nächste Nummer müssen bis **9 Uhr vormittags**, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 165 **Dienstag, den 18. Juli 1905.** 12. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Ruhstratissimus.

Im Schillerjahr 1905 steht in einem Bundesstaat des am 16 Januar 1871 „gegründeten“ Deutschen Reichs im Vordergrund der Bühne, auf der die Regierungsbühne zusammenlaufen, ein Mann, der aus „Kabale und Liebe“ in das nüchterne Licht der Wirklichkeit getreten scheint: Franz heißt die — betreffende Persönlichkeit, Franz Ruhstrat, des oldenburgischen Großherzogtums Staats-, Justiz- und Kultusminister. Zu seinem „außeramtlichen“ Wirken kann man sich in verschiedener Weise stellen, in verschiedener Weise äußern: klagen, in weinerlichem Ton über die Verrüttung dieser besten aller Welten klagen. Oder mit dem Pathos der Entrüstung daherkommen. Oder aber schweigen und betrachten und still und für sich lächeln und ein klein wenig die Pfefferbüchse beißender Satire schwingen. So hat es im allgemeinen die Parteipresse gehalten. Nur die Tatsachen hat sie reden lassen, die einherschreiten in massiver, wuchtiger, ehernen Schwere. Mehr als Gruppierung der Tatsachen (in ihrer massiven, wuchtigen, ehernen Schwere) gibt auch eine Broschüre nicht, die unter dem Titel: Ruhstrat, die Geschichte eines Sensationsprozesses, vor einiger Zeit bei Herm. Walther Berlin erschienen ist. Jetzt gewinnt sie wieder an Aktualität. Wegen des Kellners Meyer. Meyer ist jener Glückliche, den man aus „den Nischen“ mit Drei- und Fünfmarkstücken herausbombardierte. Meyer ist jener Unglückliche, der als ehrlicher Mensch seine Wissenschaft vor Gericht nicht verschwieg, als Zeuge, und deshalb wieder vor den Schranken eines Gerichts steht, als Angeklagter. Aber auch heranziehenden Geschlechtern kann man das grüne Heftchen mit seiner schlichten Aneinanderreihung der Tatsachen als Kulturdokument in die Hand drücken. Wirkten die Ausstrahlungen der Poker-Aera Ruhstrat schon einzeln betrachtet, durch die verschiedenen Prozesse verzettelt, höchst charakteristisch, höchst typisch, so verdichtet sich der Eindruck hier, wo sie alle in einen Brennpunkt geleitet sind, ins Ungeheuerliche. Wenn das Material geschichtet und gehäuft vor einem liegt und die Tatsachen anmarschieren, eine nach der andern und eine toller als die andere, faßt man an die Stirn und fragt sich: Ist es denn wirklich kein Traum, daß dieser Mann, dem doch der letzte dürftige Fetzen von der Blöße gerissen ist, noch immer dasteht, frei und frank beschattet von seines Monarchen Gunst, und nennt sich Exzellenz und nennt sich Minister gar? Oder schreiben wir am Ende das Jahr des Herrn 1705 und nicht 1905? Auch Folge- und Begleiterscheinungen der Prozesse, die weniger in die Weite gedrungen, aber recht interessant sind, bietet die Broschüre dar. So hatten sich die „Oldenburger Nachrichten“ in einer scharfen Besprechung der Vorfälle ergangen. Betitelt war der betreffende Artikel: Es ist eine Lust Oldenburger zu sein! Dies bittere Wort ward bald zum geflügelten.

„Es ist eine Lust, Oldenburger zu sein!“ So ruft auch der großherzogliche Gartenarbeiter Schulz im Schloßgarten zu Oldenburg einem Kollegen zu. Der tückische Zufall will's, daß gerade in diesem Augenblicke den Minister Ruhstrat sein Spaziergang in die Nähe der Arbeitenden führt. Das Wort hören und mit der Frage nach dem Namen des Uebeltäters an den Vorarbeiter herantreten, ist eins. Zwei Stunden darauf ist Schulz vom Großherzog entlassen und — brotlos.

Bekanntlich hat Ruhstrat in einem der nach ihm benannten Prozesse ausgesagt: Poker sei kein Glücksspiel! Der Same dieses Wortes geht auf. Wie eine verheerende Seuche hält die Pokerwut in Oldenburg ihren Einzug und grassiert noch heute. Spektator, wie der leider pseudonyme Verfasser der Broschüre zeichnet, weiß darüber zu vermelden:

In den Wirtshäusern sind jetzt alle anderen Spiele verpönt, es wird nur noch gepokert. Die Druckerei des Residenzboten hat für Gastwirte große Plakate anfertigen lassen mit der Aufschrift: „Hier kann feste gepokert werden!“ Diese Plakate werden gratis abgegeben und finden reißenden Absatz. Fast in jedem Dorfkruge findet man ein solches Plakat.

Die Wirte haben volle Lokale; jedes Kirchdorf hat jetzt seinen Pokerklub. Der Gastwirt Oltmanns in dem kleinen oldenburgischen Dorfe Jade rühmt sich z. B., daß binnen 14 Tagen in seinem Lokal beim Pokerspiel 18000 Mk. umgesetzt seien. Das „Nordd. Volksbl.“ schreibt dazu: „Keine Polizei schreitet ein, kein Staatsanwalt hemmt das Unheil, kein Gericht bestraft die Ausnutzung der Spielleidenschaft, denn es wird ja innerhalb der blauroten Grenzpfähle nicht „gejeut“, sondern „nur“ gepokert, und „Poker ist ja kein Glücksspiel“. In den Lokalblättern Oldenburgs findet man vielfach Annonzen, in welchen vom Vorstand solcher Klubs ein „Großer Poker-Abend“ angekündigt wird. Zusätzlich liest man auch wohl: „Ein im Pokerspiel bewanderter Herr wird Unterricht erteilen.“ Man geht sogar mit dem Gedanken um, die einzelnen Klubs zu einem „Pokerbund“ zusammenzuschließen. Spiellustige Seelen aus den Oldenburg benachbarten Staaten suchen aus der dort herrschenden Pokerlizenz Kapital zu schlagen, und so findet man auch wohl Annonzen wie folgende: „Poker-Lokal. Einige Bremer Herren suchen in Oldenburg ein besseres Lokal, um einmal wöchentlich (Sonnabend) zu pokern.“ Das wird sich leicht finden lassen, weil doch jetzt in Oldenburg in jedem Lokal Tag und Nacht hindurch gepokert wird. Geht doch auch jetzt schon, da in Bremen das Pokern nicht gern gesehen wird, jeden Sonnabend ein mit Pokerlustigen besetzter Extrazug von Bremen nach Oldenburg. Das Pokern fängt dann schon im Bahnwagen an.

Diese Entfesselung des Spielteufels hat der hohe Staatsbeamte auf dem Gewissen, dem das Ressort des Kultus obliegt, die Geistlichkeit unterstellt ist. Signum: „Kabale und Liebe.“ Um 1705

Recht sympathisch wirkt die durchaus ehrlich würdigende Stellungnahme der Broschüre zu der Haltung der Sozialdemokratie in den tausend Unerquicklichkeiten. Der Verfasser, der ganz offensichtlich nicht im Boden der Partei wurzelt, läßt deutlich durchblicken, daß sie die einzige war, die in dieser Angelegenheit stets das Richtige mit dem Richtigen verband. Zielbewußt und maßvoll. Die hier folgenden Stellen sind ein Beleg nicht ohne Belang dafür:

„Am 11. März 1904 bringt eine sozialdemokratische Interpellation die Sache dann auch vor das Forum des Oldenburger Landtags, wo dem Minister die Möglichkeit geboten ist, sich persönlich zu rechtfertigen. Die oldenburgischen Abgeordneten treten aus den verschiedensten Gründen mit einer gewissen Zaghaftigkeit an die Behandlung des delikaten Falles heran, besonders nachdem der Minister einem der ältesten und verdientesten Landtagsabgeordneten, einem Birkenfelder Nationalliberalen, erregten Tones und recht derb über den Mund gefahren ist mit der Bemerkung, er verbitte sich aufs entschiedenste eine Kritik von Vorkommnissen seines Privatlebens, die 14 Jahre zurückläge; das sei seine Anmaßung. Nur der stets unerschrockene Führer der sozialdemokratischen Partei, der Abgeordnete Hug-Bant, sowie dessen Kollege, der jüngst verstorbene Abgeordnete Duden, lassen sich nicht ins Bockshorn jagen und gehen in ruhiger und sachlicher Weise auf den Fall ein — und:

Von den Volksvertretern ist es wieder der Abgeordnete Hug, der mit Mannesmut und in seiner bekannten sachlich-ruhigen Weise dem Minister entgegentritt, die Presse in Schutz nimmt und vor allen Dingen betont, die Presse habe geradezu die Pflicht gehabt, so zu handeln, wie sie gehandelt habe, und völlige Aufklärung gebieterisch zu verlangen.“

Daß in dem Fall Ruhstrat die moralische Wackligkeit gewisser Kreise nur Agitationsstoff für die Sozialdemokratie geliefert hat, daß jeder der vielen allnächtlich pokernden Staatsanwälte und Richter und Assessoren unbewußt ein erfolgreicherer Apostel der sozialistischen Lehren ist (durch Lockerung des Bodens) als zehn Wanderredner zusammen, legt der Verfasser ebenfalls dar. Er sagt da so nebenbei, leichthin, ohne Resignation und ohne Zorn, leidenschaftslos, auch ohne Freude: Daß man im Lande Oldenburg bei zukünftigen Wahlen mit einer ganz erheblichen Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen wird rechnen müssen und daß auch schon bei der letzten Reichstagswahl viele sonst monarchisch gesinnte Männer nur deshalb für den Kandidaten der äußersten Linken stimmten, weil sie in der Abgabe des sozialdemokratischen Stimmzettels die einzige Möglichkeit erblicken, ihrer Unzufriedenheit mit den Zuständen in der engeren Heimat prägnanten Ausdruck zu geben, sei nur nebenbei erwähnt

Dankbar sehen wir hier eine Macht am Werke, die das Gute schafft, indem sie das Böse will. Die anderen, die am Ruder stehen, auf den Säcken sitzen, haben den nie tilgbaren Schaden davor, wir den Gewinn und den Nutzen.

Nicht anders wird das Fazit des Meineidsprozesses gegen den Kellner Meyer sein. Ob nun verurteilt, ob er — was wir im Interesse der Gerechtigkeit wünschen und hoffen — freigesprochen wird.

Der Simplizissimus untergräbt das monarchische Gefühl (behauptet man); Ruhstrat untergräbt die Autorität von Ministern. Für immer, nachdrücklich. Und ist eine interessante Figur, ein wandelndes Kulturdokument.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Aufklärung dringend bedürftig ist ein Vorfall, der dem „Berl. Tagebl.“ von dem Spandauer Proviantamt mitgeteilt wird. Vor einiger Zeit — genauer vor ungefähr zehn Tagen — brannte ein Magazin des genannten Proviantamtes ab. Kurz darauf, am 12. oder 13. d. Mts., wurden die allerschlechtesten, sehr schwer beschädigten Waren, insbesondere Roggenmehl durch das Amt meistbietend verkauft, während ein großer Teil schwer beschädigtes Roggenmehl, welches inmitten des Sackes wohl noch eine gute Farbe zeigt, aber nach Brand schmeckt, von dem Proviantamt nicht zum Verkauf gestellt wurde, sondern, wie der Herr Proviantamtskontrolleur sagte, in der Militärbäckerei verbacken werden soll. Die Frage muß erlaubt sein, ob eine Verwendung minderwertigen Mehles zum Brotbacken für die Soldatenernährung erlaubt sei? Ein Privatmann dürfte wohl schwerlich solch verdorbenes Mehl zum Verbacken verwenden, ohne mit den Gesetzen in eine unsanfte Berührung zu kommen. Der Soldat soll doch gutes Brot von dem Proviantamt geliefert erhalten. Kann nun aber ein einwandfreies Gebäck aus brandig riechendem Mehl hergestellt werden? — Es liegt im eigensten Interesse der Militärverwaltung, hier schleunige Aufklärung zu geben.

Preußen in Deutschland voran! In der Mannheimer bürgerlichen Presse tritt die bestimmte Behauptung auf, daß das Redeverbot in Konstanz gegen unsere ausländischen Parteigenossen auf ein besonderes Schreiben des Fürsten Bülow an den badischen Staatsminister Dusch erfolgt ist. Bülow habe in dem Schreiben das Verbot des Auftretens ausländischer Sozialisten ausdrücklich von der badischen Regierung erbeten. — Und selbst wenn Bülow diesen Schritt nicht unternommen hätte, wäre das Verbot demnach erfolgt. Rußland marschiert eben heute in der Welt und das kleine Rußland, auch Preußen genannt, in Deutschland auf dem Wege zur Reaktion voran.

10 600 sozialdemokratische Wahlmänner hatte die Beteiligung unserer Partei an den letzten preußischen Landtagswahlen gezeitigt. Die Gesamtzahl der preußischen Wahlmänner betrug 124 900. Da unsere Partei sich zum ersten Male in mehreren Wahlkreisen — bei weitem nicht in allen — beteiligte, so scheint das Resultat der Wahl ein recht erfreuliches zu sein. — Die amtliche Statistik über die Landtagswahlen ist zwar immer noch nicht erschienen, die Angaben über die Wahlmännerzahl findet sich aber in dem soeben erschienenen Sessionsbericht 1904 05 des preußischen Abgeordnetenhauses.

Das System. Der „Leipz Volksztg.“ wird geschrieben: Ein charakteristisches Zeichen für für das geistige Niveau der bürgerlichen Presse ihre Stellung zum Militarismus. Vermißt man in den Bourgeoisblättern schon in allen übrigen Fragen des öffentlichen Lebens ein tieferes Erfassen der Probleme, so steigert sich diese geistige Impotenz zu abstoßender Heuchelei, wenn von Zeit zu Zeit ein Militärskandal aufbricht. Das tritt besonders bei Soldatenmißhandlungen zu Tage. Wo solche Orgien der Roheit aufgedeckt werden, wie im Falle des Unteroffiziers Erler vom Schützenregiment 108 — gegen minder rohe Fälle ist leider die Oeffentlichkeit schon abgestumpft — da erschöpft sich die „Stellungnahme“ der bürgerlichen Presse in einem kraftlosen Räsonieren über den „rohen Patron“. Und doch ist dieser Fall besonders geeignet, das Augenmerk auf die Quelle der Ausschreitungen zu lenken, auf das System und in diesem Falle auch auf das System der Unteroffizierschulen, dem Erler entstammt. Es ist eine bekannte Tatsache, daß die aus den Unteroffiziersschulen hervorgehenden Vorgesetzten selten die Sympathien der Mannschaften genießen. Sie gelten als besonders „streng“. Würde unter den wegen Mißhandlung bestraften Unteroffizieren eine eine entsprechende Statistik aufgenommen, man könnte sicher sein, eine ziemlich hohe Prozentziffer der Unteroffizierschüler zu erhalten. Das ist begründet im Entwicklungsgang, den diese Leute durchmachen müssen. Kaum dem Knabenalter entwachsen, treten sie in die Schulen ein. Die Erziehung ist rein militärisch. Der Dienst unterscheidet sich, abgesehen vom Schulunterricht, wenig vom Dienst im Regiment. Das heißt, die im Werden begriffenen Jünglinge werden von den zur Unteroffizierschule und Vorschule kommandierten Offizieren und Unteroffizieren genau wie die aktiven Soldaten behandelt. Subordination unter Abtötung alles Individuellen ist die Hauptsache. So werden sie zu verknöcherten Drillmaschinen, denen das praktische Leben fremd ist und denen die Grundsätze der Erziehung, die ihnen als zukünftige „Erzieher der Nation“ und „Stellvertreter Gottes“ doch geläufig sein müßten, soweit sie über das Exerzierreglement hinausgehen, fremder sind als das Leben der Botokuden. Sie sind abgerichtet für die „Erziehung“ durch Kommandos. Versagt dann einmal, ihrer Meinung nach, die Subordination bei den Mannschaften, so kennen sie selten ein anderes Mittel als die Faust. Die „Umgangssprache“ des Unteroffiziers Erler weicht wenig vom Typus ab. Eine Bemerkung in dem Bericht der Presse über seine Verurteilung ist von größerem Interesse. Es heißt da: „Sein Abgangszeugnis (von der Unteroffizierschule) war selten ungünstig, er wurde darin als ein harter und roher Charakter bezeichnet!“ Trotzdem wurde er Unteroffizier und bekam noch dazu eine Rekrutenkorporalschaft. Den Ausschlag gibt in den Unteroffizierschulen eben lediglich die technische Ausbildung, natürlich zum Schaden des Charakters. Auf die Methode der Ausbildung nur ein Schlaglicht. In der Königl. Sächs. Soldatenknaben-Erziehungs-Anstalt zu Kleinstruppen bei Pirna, wo Knaben von 12 Jahren an für die Unteroffizierschule vorbereitet wurden, galt vor nicht allzulanger Zeit als Disziplinarmittel — der Stock. Möglicherweise ist es jetzt noch der Fall. Die Knaben wurden vor versammelter Schar mit Stock-

hieben bestraft. Bekanntlich wirken Prügel doppelt. Sie verrohen den, der sie gibt und den, der sie empfängt. Wie müssen sie aber auf das sittliche Empfinden und das Ehrgefühl der Knaben wirken, wenn sie unter solchen Umständen gegeben werden. Da ist es kein Wunder, wenn der Stock später den jungen Leuten als Universalmittel vorschwebt. Das ist, wie gesagt, nur ein Schlaglicht zur Beleuchtung des Systems. Für die Unteroffiziersschulen gilt in noch viel höherem Maße als für die Volksschulen das Wort: „Mehr Erziehung und weniger Drill.“ Und noch etwas anderes muß gebieterisch gefordert werden. Die Unteroffizierschüler müssen erst als „Gemeine“ mindestens ein Jahr dienen, ehe sie zum Unteroffizier befördert werden. Man kürze die Schulzeit eher um ein Jahr, damit die Leute durch den kameradschaftlichen Umgang mit den übrigen Mannschaften Menschenbehandlung lernen. Der Mangel an Unteroffizieren kann nicht als Entschuldigung dienen, er ist vielmehr die Bestätigung, wie nötig Reformen im Heer sind. Von vornherein als roh bezeichnete Elemente dürfen nimmermehr zur Ausbildung der Soldaten verwendet werden, auch wenn sie die Unteroffizierschule absolviert haben. Diese Achtung vor der geistigen und körperlichen Gesundheit der zum Heeresdienst einberufenen jungen Männer muß das Volk ganz energisch verlangen. Die Militärschulen sind ja leider bis heute der Kontrolle der Oeffentlichkeit entzogen. Solche Früchte, wie der Unteroffizier Erler, auch wenn man eine Portion Roheit auf seine Charakterveranlagung abwälzt, sollten aber deutlich genug zeigen, daß die Ursache tiefer liegt als in der Verrohung des Einzelnen. Es ist fast unnötig, zu sagen, daß wir neben dem stehenden Heere auch solche Pflanzschulen des Militarismus grundsätzlich bekämpfen. Das hält uns natürlich nicht ab, auf eine Reformmöglichkeit hinzuweisen. Gegenüber dem heuchlerischen Lärm der bürgerlichen Presse aber es ist doppelt angebracht, immer wieder auf die Quellen der „Auswüchse“ hinzuweisen, auf das von den journalistischen Soldknechten des Kapitalismus, der das stehende Heer als Geldsackhüter braucht, verhätschelte und verteidigte System.

Zwei Prozesse wegen Verrats militärischer Geheimnisse kamen vor dem Reichsgerichte als Revisions-Instanz zur Verhandlung und in beiden wurde „im Interesse der Sicherheit des Deutschen Reiches“ die Oeffentlichkeit ausgeschlossen. In dem einen Falle kam ein Urteil des Landgerichts I in Berlin vom 31. März d. J. in Frage, durch welches der Schriftsteller Fritz v. Trützschler und Falkenstein auf Grund des § 2 des Gesetzes gegen den Verrat militärischer Geheimnisse zu 6 Monaten Festungshaft verurteilt worden ist. Er hatte in der „Tägl. Rundschau“ einen Artikel „Seeminen und Torpedos“ veröffentlicht, welcher Einzelheiten enthielt, deren Geheimhaltung im Interesse der Landesverteidigung nach Ansicht des Landgerichts erforderlich war. Die vom Angeklagten eingelegte Revision wurde als unbegründet verworfen. — In dem anderen Falle handelte es sich um ein Urteil des Landgerichts Weimar vom 12. April d. J, durch welches der Mechaniker Robert Meibuhr, früher in Jena, jetzt in Frankenhausen, wegen versuchten Vergehens gegen § 2 des genannten Gesetzes zu Strafe verurteilt worden ist. Die Revision des Angeklagten wurde als unbegründet verworfen, dagegen wurde auf die Revision des Staatsanwalt das Urteil aufgehoben und die Sache an das Landgericht zurückverwiesen. Die Revision des Angeklagten, so wurde in der Begründung ausgeführt, erwies sich als unbegründet. Es handelt sich um eine Vorrichtung, welche als Modell für Marinezwecke dient und geheim zu halten ist.

Antisemitischer Wahlkreisschacher. Durch einen Bruderkrieg zwischen dem früheren Geschäftsführer und dem Vorsitzenden der „unparteiischen und unabhängigen“ Mittelstandsvereinigung, dem Schneidermeister Voigt und dem Tischlermeister Rahardt ist es an das Licht der Sonnen gekommen, daß die deutsche Mittelstandsvereinigung und der Bund der Landwirte eine Reihe von Reichstagswahlkreisen unter sich verteilt haben. Das Geschäft auf Gegenseitigkeit kann man den Leuten ja von Herzen gönnen — es wird doch nicht allzuviel dabei herauskommen. Aber das Faktum ist doch interessant; es beleuchtet die politische Moral gewisser bürgerlicher Parteien. Oeffentlich streiten die Männer von der Mittelstandsvereinigung entrüstet jede Verbindung mit den Notleidender ab und hinter den Kulissen kuhhandelt man vergnügt darauf los.

Russenausweisungen. Es wird dem „Vorwärts“ mitgeteilt, daß in den Vororten Berlins, im besonderen im Nieder-Barnimer Kreis in den letzten Tagen zahlreichen russischen Staatsangehörigen der Ausweisungsbefehl aus dem preußischen Staatsgebiet zugestellt worden ist. Die Betroffenen sollen binnen 8 Tagen nach Empfang der Verfügung das gastliche Preußen verlassen. Im Falle der Nichtbefolgung des Befehls werden sie mit Geldstrafen von 60 Mk. oder Haftstrafe von einer Woche sowie mit Zwangstransport — also offenbar an die russische Grenze — bedroht. Von dem Ausweisungsbefehl sind Arbeiter betroffen, die in keiner Weise sich bewußt sind, sich „lästig“ gemacht zu haben, die insbesondere nicht im Verdacht irgend welcher politischen Tätigkeit stehen können. Ohne jede Angabe eines Grundes erfolgt die Ausweisung. Nicht nur die russischen Staatsangehörigen selbst werden dadurch in ihrer Existenz schwer beeinträchtigt, sondern zugleich erfahren auch einheimische Arbeitgeber durch die plötzliche Ausweisung bedeutende materielle Schädigung. — Was geht da vor? Aus welchem Grunde unternimmt die Verwaltungsbehörde derartige schroffe und völlig unverständliche Maßnahmen? Sind etwa neue Liebesdienste an den zusammenbrechenden Zarismus im Werke?

Kleine politische Nachrichten. Zum Unterstaatssekretär im Staatsministerium ist an Stelle des zum Reichsgerichtspräsidenten beförderten Freiherrn v. Seckendorff der bisherige Regierungspräsident von Wiesbaden, Freiherr von Hengstenberg, ernannt worden. — Der Minister des Innern Freiherr von Feilitzsch, hat infolge des unerwarteten Ausfalls der bayerischen Landtagswahlen seine Entlassung eingereicht. Eine Entscheidung ist noch nicht getroffen. — Belgien und Spanien wollen an der Marokko-Konferenz teilnehmen. — Deroulede kehrt zunächst nicht nach Frankreich zurück und begibt sich einstweilen nach Wien. — In der Ersatzwahl für das englische Unterhaus in Carlisle siegte der liberale Kandidat Chance mit 1030 Stimmen Mehrheit. Wieder eine Niederlage der Regierung. — Der Mikado hat den wegen Verrats verurteilten Franzosen Bougoin begnadigt und in Freiheit setzen lassen.

Rußland.

Ueber den drohenden Ausbruch einer Palastrevolution gehen der „Russischen Korresp.“ zuverlässige Nachrichten zu. Danach macht sich in der kaiserlichen Familie eine immer stärkere Unzufriedenheit mit dem Zaren bemerkbar, und speziell die Kaiserin-Mutter Maria Feodorowna soll auf eine Thronentsagung ihres Sohnes oder zum mindesten seine zeitweilige Zurückziehung von den Regierungsgeschäften hinarbeiten. Die Großfürstenklique unterstützt die ehrgeizige Frau, die selbst gerne die Rolle einer Katharina spielen möchte. Es würde nicht viel Ueberredungskunst dazu gehören, Nikolaus zu dem zeitweiligen Verzicht zu bestimmen. Er hat abgesehen von Stunden, in denen er plötzlich Anwandlungen eines entschlossenen Autokraten bekommt, selbst das Bewußtsein, daß er seiner Aufgabe nicht gewachsen ist, und seiner Gemahlin gegenüber hat er häufig allen Ernstes den Wunsch ausgesprochen, die Rolle des Zaren mit dem eines Klostervorstehers zu vertauschen. Wahrscheinlich wäre schon längst eine Palastrevolution eingetreten, wenn man sich nur auf einen Nachfolger für den Mann einigen könnte, von dem seine kaiserlichen Verwandten genau so gut wie sein Hofstaat nur in den verächtlichsten Wendungen reden. Der Aspiranten sind zu viele und unter ihnen ist keiner, der sich vor den anderen durch irgend eine Eigenschaft auszeichnete, die ihn zum Herrscher in diesem Augenblick besonders befähigte. Brutalität und Gewissenlosigkeit sind für diesen Beruf im gegenwärtigen Moment ebensowenig eine ausreichende Qualifikation wie die bis zur Virtuosität ausgebildete Kunst sich auf Kosten des Volkes zu bereichern. Und die Kaiserin Wittwe? Diese Frau wäre vielleicht vom Standpunkt des Zarismus aus betrachtet, am geeignetsten, die Zügel in die Hand zu nehmen, aber den stolzen Plänen der „dänischen Köchin“ legt die Clique natürlich unüberwindliche Schwierigkeiten in den Weg und schließlich wird das Problem, was regieren soll, von einer anderen Stelle gelöst werden.

„Väterchen“ übt Gnade! Der „Regierungsbote“ veröffentlicht einen Gnadenerlaß für diejenigen, welche wegen religiöser Vergehen bereits die ihnen zuerkannte Strafe verbüßen oder gegen die bis zur Veröffentlichung des Erlasses noch keine gerichtliche Verfolgung eingeleitet oder ein gerichtliches Erkenntnis noch nicht erfolgt ist. Die Strafzeit der wegen religiöser Vergehen zu Korrektionsstrafen, Festung, Gefängnis oder Haft Verurteilten wird um ein Drittel, die der zu Zwangsarbeit mit Rechtsverlust Verurteilten um die Hälfte verkürzt. Letzteres findet auch Anwendung auf die Gefängnishaft der verurteilten Minderjährigen. — Anstatt den armen Opfern des Zarismus Gnade zu gewähren, sollte „Väterchen“ ihnen lieber ihr Recht zuteil werden lassen.

Demonstrierende Richter. Aus Odessa wird der „N. Fr. Pr.“ berichtet: Vor den Friedensrichtern standen am 12. d. Mts. 102 Personen unter der Anklage, sich bei den Unruhen am 28. Juni an den Plünderungen im Hafen und an Brandstiftungen beteiligt zu haben. 74 wurden freigesprochen, 28 verurteilt, und zwar zu je sechs Wochen Arrest, von welchen die zwei Wochen Untersuchungshaft abgezogen werden. Man glaubt, daß auch die Freigesprochenen schuldig sind und faßt diese Urteile als Demonstration gegen die verhaßten Beamten auf. Die Friedensrichter werden nicht ernannt, sondern von der Bevölkerung gewählt. Sie sind also keine Beamte. — Auch diese Urteile zeigen den Konflikt, der zwischen den städtischen und den Militärbehörden besteht. Das Publikum billigt die Milde, welche die Friedensrichter walten ließen.

Die Schwarzmeer-Flotte unter Polizeiaufsicht. Die Londoner „Central News“ erfahren aus Odessa, daß auf sämtlichen Schiffen der Schwarzmeer-Flotte je ein halbes Bataillon Infanterie eingesetzt ist, zu dem Zwecke, etwaige Vorfälle, wie sie sich auf dem „Potemkin“ zugetragen haben, zu verhindern. Amtlicherseits wird zugestanden, daß die Haltung der Mannschaften sehr unzuverlässig ist. — Bezeichnend für diese Unzuverlässigkeit ist das in Petersburg umgehende Gerücht, wonach die Matrosen das Linienschiff „Katharina II.“ versenkt haben sollen!

Auch unter den Kosaken gärt es! Aus Lodz wird unter dem 15. gemeldet: Gestern mittag lehnten zwischen Lodz und Zgierze 60 von 200 Kosaken es ab, das ihnen gegebene schlechte Mittagsmahl zu verzehren. Sie entsandten als Delegierten zum Rittmeister den mohammedanischen Kosaken Ali Chasanow, der die Forderungen der ganzen Abteilung vortrug, nämlich wegen der Kriegszustände doppelte Ration, doppelte Löhnung und Zahlung der Rückstände zu erhalten. Als Antwort erschoß der Rittmeister den Kosaken Chasanow, als aber die Kosaken auf ihrer Forderung bestanden, wurde Infanterie herbeigerufen. Die 60 Kosaken wurden gefesselt und sofort nach dem Militärkerker der Festung Iwangrod gebracht. — Das bestialische Verhalten des Rittmeisters wird auch noch seine Früchte tragen.

Pöbelexzesse gegen Juden. Aus Warschau wird gemeldet, daß in Jozefava im Gouvernement Pulawy während eines stark besuchten Wochenmarktes auf dem Ringplatze eine Eisenhandlung erbrochen wurde und mit den geraubten Eisenstücken die Kaufläden und Wohnungen der Juden überfallen wurden; mehr als 200 Wohnungen und 100 Kaufläden wurden ausgeraubt und zerstört.

Russische Korruption. Die vom Fürsten Uchtomski herausgegebene Zeitung „Rassvjet“ bringt folgende erstaunliche Nachricht aus Samara: „Am 14. (27.) Juni bemerkte ein Schlosser am sogenannten Bahnhofsfriedhof ein paar Knaben, die sich mit einer Kiste zu schaffen machten. Die Knaben hatten bereits den Deckel aufgemacht und dort eine ganze Menge Papiergeld gefunden. Weiter unten befanden sich lauter Goldmünzen. Sofort wurde von dem kostbaren Funde der Eisenbahnpolizei Meldung erstattet, und die Polizei stellte fest, daß die Kiste aus einem aufs Nebengeleise gestellten Güterwagen herstammte. Die Zählung ergab, daß die Kiste im ganzen nicht weniger als 194000 Rubel enthielt. In demselben Wagen aber wurden noch drei weitere gleichartige Kisten gefunden, die ebenfalls Goldmünzen und Banknoten enthielten, im ganzen eine Million Rubel. Es erwies sich, daß der Güterwagen von Ostasien gekommen war und seine Ladung als für die Gesellschaft vom Roten Kreuze bestimmte Hausgerätschaften bezeichnet war. Die Polizei leitete eine Untersuchung ein, die jedoch zur allgemeinen Verwunderung bald eingestellt wurde.“

Der Wutki-Admiral Rostdjestwenski soll nach Petersburger Meldungen zum ersten Gehülfen des Admirals Birilew ausersehen sein. Auf diesem Posten kann er wenigstens keine Fischerboote für japanische Torpedoboote ansehen.

Nachgegeben. Der Verwaltungsrat der Warschau-Wiener Eisenbahn hat angeordnet, daß die polnische und die russische Sprache neben einander Dienstsprache werden.

Ein kühnes Projekt. Der „Russ Korr.“ wird aus Tiflis gemeldet: Ich bin in der Lage, Ihnen von einem kühnen Projekt Kenntnis zu geben, mit dem man sich nach den allersichersten Informationen in Konstantinopel trägt. Es gibt dort eine sehr starke Partei, die aus den Verlegenheiten der russischen Regierung Nutzen ziehen will; sie betreibt einen Einfall in das Kaukasusgebiet. Vornehme Tartaren, die in das Projekt eingeweiht sind, haben — nebenbei ohne von der russischen Behörde gestört zu werden — die Armentermassakres inszeniert, um das Land von den christlichen Elementen zu säubern und eine türkische Eroberung zu erleichtern. Der Plan geht dahin, daß türkische Truppen bei Bayazet die Grenze überschreiten und auf Nachitschewan und Baku marschieren sollten. Sie werden überall das mohamedanische Element bereit finden, sich gegen die russische Regierung zu erheben. Auch die russischen Behörden haben von dieser kühnen Idee Wind bekommen. Die einen wollen die armenische Bevölkerung bewaffnen, die andern stimmen dafür, daß man die armenischen Provinzen zunächst dem panislamitischen Fanatismus überläßt.

Lübeck und Nachbargebiete.

Montag, den 17. Juli 1905.

Achtung Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter! Der Zuzug von Bauarbeitern aller Branchen nach Lübeck ist streng fernzuhalten!

Die Konsequenz. In der Versammlung der Bürgerschaft, die sich mit der Verlängerung der Mandate beschäftigt, erklärten die Herren Pape und Heise, daß sie die Bürgerschaft nicht für berechtigt halten, sich selbst einfach die Mandate zu verlängern; das sei verfassungswidrig. Jetzt ist dem Wortführer der Bürgerschaft folgendes Schreiben zugegangen:

„Die Unterzeichneten erlauben sich mitzuteilen, daß sie auf Grund ihrer Erklärungen in der Bürgerschaftssitzung vom Montag den 20. März bei der Beratung des Senatsantrages betr. die Ergänzungswahlen zur Bürgerschaft im Jahre 1905 ihre Mandate nunmehr als erloschen betrachten.

A. Pape. J. Heise.“

Nachdem Herr Pape nicht mehr der Bürgerschaft angehört, ist jede Opposition aus derselben verschwunden und die Debatten dürften sich wahrscheinlich noch langweiliger als bisher gestalten.

Das Volksfest hat, vom Wetter begünstigt, am Sonnabend Abend seinen Anfang genommen. Auch der Sonntag brachte eine warme, zum Trinken anregende Witterung, die den Wirten gewiß nicht unangenehm gewesen sein dürfte. Allerdings machte der sich entwickelnde Staub sich häufig recht unangenehm bemerkbar. Der Festzug, der angeblich den Glanzpunkt des Volksfestes bilden soll, fiel in diesem Jahre noch trister als gewöhnlich aus. Sogar die Schornsteinfeger fehlten. Dafür war jedoch die Beteiligung seitens der dazu kommandierten Lehrlinge ziemlich groß. Die Tischlerlehrlinge waren anscheinend vollzählig vertreten; jedoch auch die Maurer- und Zimmererlehrlinge, die bekanntlich während des gegenwärtigen Streiks noch intensiver als gewöhnlich von ihren Arbeitgebern ausgebeutet werden, nahmen in größerer Masse am Zuge teil und repräsentierten dadurch in recht eigenartiger Weise das hiesige Baugewerbe. Daß der Volksfestzug von den hiesigen Behörden anders behandelt wird, wie zum Beispiel Auszüge organisierter Arbeiter, ist eine bekannte Tatsache und illustriert recht treffend den Satz vom „gleichen Recht für Alle.“ In den Nachmittags- und Abendstunden war das Burgfeld wieder das Ziel einer großen Menge; trotzdem schien es uns, als ob die Beteiligung am Feste in den früheren Jahren größer gewesen wäre, als diesmal. Jedenfalls machte sich der den baugewerblichen Arbeitern von ihren Arbeitgebern aufgezwungenen Kampf auch auf dem sogenannten Volksfest fühlbar.

Sich erhängen wollte am Donnerstagabend ein etwa 14jähriger Knabe im Gehölz an der Schlutuper Chaussee. Ein vorbei kommendes junges Mädchen schnitt den jugendlichen Freitodkandidaten ab und schenkte ihm eine kleine Summe, wofür es das Versprechen verlangte, daß es bei diesem einmaligen Selbstmordversuch bleiben solle. Diese Zusicherung ist denn auch gegeben worden.

Ueber einen kaum glaublichen Vorfall wird uns berichtet: Als am Donnerstagmorgen in voriger Woche der Hamburger Schleppdampfer „Goliath“ mit Schwellen und Rammpfählen beladen mit dem Seeleichter „Ulk“ die Trave hinaufdampfte, wurde dem Matrosen Hans Gäthje vom Schiffer befohlen, die Ketten, mit denen die Decklast befestigt war, loszumachen. (Gewöhnlich wird diese Arbeit im Hafen verrichtet.) G. bekam bei seiner Tätigkeit das Uebergewicht und fiel zwischen Schlutup und der Herrenbrücke in die Trave. Sofort erscholl der Ruf: „Mann über Bord!“ und es wurde verlangt, daß gestoppt werden solle. Der Führer des Schleppers erklärte jedoch, er könne nicht stoppen und fuhr weiter, den Matrosen seinem Schicksal überlassend. Arbeiter des in der Nähe liegenden Baggers retteten den Verunglückten, der sein Leben dem Umstande verdankt, daß er ein vorzüglicher Schwimmer ist, vom Tode des Ertrinkens. — Wir können es kaum erfassen, daß es Leute gibt, die sich um das Leben ihres Mitmenschen so wenig kümmern, wie es in diesem Falle geschehen sein soll. Hoffentlich wird eine Untersuchung Aufklärung über diesen Vorfall bringen, der wenn er der Wahrheit entspricht, einfach skandalos ist!

Ein Vertragsentwurf über die Errichtung einer Hochdruck-Wasserversorgungsanlage in Travemünde ist zustande gekommen zwischen dem Travemünder Gemeindevorstand und der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten. Danach stellt die Behörde die Anlage auf ihre Kosten her, betreibt und unterhält sie auch. Gegen eine Entschädigung von 2400 Mark jährlich, die bis zum 1. Oktober 1936 zu leisten ist, tritt die Gemeinde Travemünde alle Einrichtungen der vorhandenen Niederdruckanlage ab. Für alle Hausleitungen sind Wassermesser obligatorisch. Der Preis für das Kubikmeter Wasser beträgt in den Sommermonaten 25 Pf., in den acht Wintermonaten 15 Pf. Für die nicht an die Wasserleitung angeschlossenen Grundstücke beträgt die Abgabe 25 Pf. von je 1000 Mk. Gebäudewert. Die Kosten der neuen Wasserleitungsanlage stellen sich auf 98 000 Mk.; auch das im Entstehen begriffene Neu-Travemünde soll mit Wasser versorgt werden.

Die Bürgerschaft erledigte heute morgen in etwa einstündiger Sitzung ohne wesentliche Debatte folgende Senatsanträge durch Annahme: 1. Ein in nicht öffentlicher Versammlung der Bürgerschaft zu beratender Antrag. 2. Ausbau des ehemaligen Herrenfährgebäudes. 3. Zulassung der Realgymnasialabiturienten zu den juristischen Prüfungen (Fünfter Nachtrag zum Gesetze vom 3. Februar 1879). 4. Legung von elektrischen Lichtkabeln in den Straßen um den Baublock nordöstlich des Stadtparkes. 5. Verlegung von elektrischen Lichtkabeln in der Geniner- und in der Brömbsenstraße, sowie in der Lachswehrallee. 6. Erhöhung der Travemünder Chaussee auf der tief gelegenen Strecke südlich von der ehemaligen Herrenfähre. 7. Ausgleichung der Baurechnung für das Rechnungsjahr 1904. 8. Erhöhung der dem Leiter der von Großheim'schen Realschule gewährten Staatsbeihülfe. Beim 9. Senatsantrag: Staatsbeihülfe für ein provisorisches Theaterunternehmen für die Spielzeit 1905/06, forderte Bankdirektor Otte, daß dem künftigen Direktor Kautelen inbezug auf die Höhe der Eintrittspreise gestellt würden. Die Subventionierung erfolge aus öffentlichen Mitteln und deshalb müsse dem größeren Publikum Gelegenheit zum Besuch der Vorstellungen gegeben werden. Weiter ersuchte Redner um eine Verbesserung der Akustik der Stadthallen. Schnell erklärt, daß der Direktor Priori bereits der Stadthallen-Gesellschaft eine diesbezügliche Verpflichtung auferlegt hätte. In bezug auf die Eintrittspreise wurde vom Senatstische erklärt, daß man keine Kautelen geschaffen habe, weil man der Ansicht sei, daß der Theaterdirektor selbst das größte Interesse daran habe, durch billige Eintrittspreise und gute Vorstellungen das große Publikum heranzuziehen. Ein Antrag auf Kommissionsberatung wurde abgelehnt und der Senatsantrag angenommen.

Die Frage, ob Hitzschlag unter Umständen als Betriebsunfall anzusehen sei, ist vom Reichsversicherungsamt bejaht worden. Ein Arbeiter N., der am Tage im Betriebe tätig gewesen war, brach auf dem Wege nach seiner Wohnung gegen 6 Uhr abends im Hochsommer zusammen und starb. Die Berufsgenossenschaft lehnte jede Rentenzahlung an die Hinterbliebenen des Verstorbenen ab, da N. infolge eines Herzfehlers verstorben sei, möge auch die Hitze die Herzlähmung begünstigt haben. Das Schiedsgericht erachtete aber einen Betriebsunfall für vorliegend und sprach den Hinterbliebenen eine Rente zu, da nach den angestellten Erhebungen der Tod des N. nicht eingetreten wäre, wenn nicht besondere Umstände, die mit dem Betriebe im Zusammenhang stehen, hinzugekommen wären. N. habe während der heißesten Tageszeit eine über den Rahmen der üblichen Betriebsarbeit hinausgehende Tätigkeit auszuüben gehabt; auch habe der Wind die Betriebsstätte nicht berühren können. Das Reichsversicherungsamt bestätigte die Vorentscheidung, indem es in Betracht zog, daß die Herzlähmung des N. offenbar durch die Hitze begünstigt sei, die mehr als 30 Grad C. betragen habe. Voraussetzung eines Betriebsunfalles sei, daß der Betrieb die Ueberhitzung des Körpers, die den Tod wesentlich verursacht habe, durch Umstände erheblich gefördert habe, die im Betriebe liegen. Dies müsse aber mit dem Schiedsgericht als vorliegend angenommen werden.

Der zweite Teilbetrag der Grund- und Gebäudesteuer und der Beiträge zur Stadtwasserkunst für 1905/06 ist für die Grundstücke in den Vorstädten in der Zeit vom 17. bis 31. Juli ds. Js. bei Vermeidung des Zuschlages der gesetzlichen Gebühr zu entrichten.

Handelsregister. Am 15. Juli ist bei der Firma Friedrich Leisner in Lübeck eingetragen: Die Firma ist erloschen.

Kleine polizeiliche Nachrichten. Wegen Taschendiebstahls wurde am gestrigen Nachmittag auf dem hiesigen Volksfestplatze ein Arbeiter aus Schwartau festgenommen. Derselbe hatte einer Dame ein Portemonnaie mit Inhalt, sowie einem Mädchen loses Geld aus der Kleidertasche genommen. — Des weiteren wurde ein Arbeiter aus Siebenbäumen, der auf dem Festplatz einen Wirt mit einem Bierseidel geschlagen hat, festgenommen. — Wegen Uebertretung der Gewerbe-Ordnung wurde ein Arbeiter aus Bredow bei Stettin festgenommen.

Eutin. Eine Parteikonferenz für das Fürstentum Lübeck fand hierselbst am gestrigen Sonntag im Lokale des Herrn P. Schröder statt. Kurz vor 4 Uhr eröffnete Genosse H. Fick im Namen der Vorortskommission die Konferenz. Das Bureau wurde gebildet aus den Genossen H. Fick-Stockelsdorf, Rebenstorf-Eutin und Stelling-Lübeck. Den Bericht der Vorortskommission erstattete Gen. Fick. Derselbe gab zunächst den Kassenbericht. Dieser zeitigte eine Einnahme von 1852,40 Mk. und eine Ausgabe von 1758,89 Mk., mithin einen Ueberschuß von 93,51 Mk. 3 Vereine erhoben einen Monatsbeitrag von 30 Pfg., je ein Verein 20 und 10 Pfg. Die Gesamtmitgliederzahl belief sich auf 521. Einzelmitglieder waren 50 vorhanden. An Lokalen standen in 5 Orten 18 größere und 10 kleinere zur Verfügung, freie Plätze einer. Es fanden 24 Volksversammlungen und 47 Vereinsversammlungen statt. Am 1. Mai 1905 wurde in 3 Ortschaften, Stockelsdorf, Eutin und Schwartau gefeiert und zwar von 500 Genossen durch völlige Arbeitsruhe. An den Maifeier-Arrangements nahmen 780 Genossen teil. Für die Arbeiterpresse ist in Stockelsdorf unter den Gewerkschaften eine rege Agitation entfaltet worden; dieselbe ergab die Gewinnung von 15 neuen Abonnenten. Verbreitet wurden 15 000 Flugblätter, 6000 Broschüren, 7500 Kalender und 435 Maizeitungen. An den Landtagswahlen beteiligten sich 5 Vereine; 24 sozialdemokratische Wahlmänner wurden gewählt. In 5 Ortschaften befinden sich 16 Genossen im Gemeinderat. Der Stand der Parteipresse ist folgender: „Vorwärts" 4, „Echo" 1, „Schlesw.-Holsteinische Volkszeitung" 5, Lübecker „Volksbote" 524, „Neue Zeit" 5, „Jacob" 197, „Postillon" 6 und „Gleichheit" 5. 1 Prozeß mußte geführt werden; derselbe endigte mit Freisprechung. — Nunmehr folgte der Bericht der einzelnen Vereine. Gen. Rebenstorf-Eutin gab seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß nicht mehr Abonnenten auf den „Volksbote" vorhanden seien. Leider seien mehr Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins vorhanden, als „Volksbote"-Abonnenten. Bei den Gemeinderatswahlen im vorigen Herbste sei leider nur er, Redner, gewählt worden, während der Genosse Ziesemer mit 13 Stimmen in der Minderheit geblieben sei. An der Maifeier hätten sich nur die Maurer und Zimmerer beteiligt. Für Fissau erstattete Genosse Langbehn Bericht. Im Verein seien 24 Mitglieder organisiert. 26 „Volksbote" würden gelesen. Gen. Zeidler-Schwartau betonte, daß dort 149 Mitglieder vorhanden seien. Die Zahl derselben sei leider etwas zurückgegangen. Die Maifeier wurde in erheblicherem Umfange als bisher durch Arbeitsruhe gefeiert. Zur Gemeinderatswahl wurde ein Flugblatt verbreitet. Gewählt wurde die sozialdemokratische Liste. Auch in Rensefeld siegte unsere Liste. An „Volksboten"-Abonnenten waren 206 vorhanden, 25 mehr als bisher. Die Agitation für unser Parteiblatt solle im Herbst intensiv betrieben werden. Genosse Wilken-Stockelsdorf verlas zunächst den Kassenbericht; derselbe ergab einen Ueberschuß von 80,41 Mark. Die Mitgliederzahl betrug 271 bei einem Monatsbeitrag von 30 Pfg. Verbreitet wurden 6600 Flugblätter, 2200 Broschüren und Kalender und 60 Schiller-Gedenknummern. In den Gemeinderat wurden 2 Genossen gewählt. In demselben befinden sich 4 Genossen. Die Parteipresse war wie folgt verbreitet: „Volksbote" in 260, „Neue Zeit" 3, „Jakob" 82, „Postillon" 6 und „Gleichheit" in 3 Exemplaren. Damit war die Berichterstattung erschöpft. In der Diskussion gaben die Schwartauer Delegierten ein kleines Bild von den Zuständen in Schwartau. Dieselben wiesen zunächst auf die Nichtbestätigung der Beigeordneten hin. Als schließlich doch 2 Mitglieder gefunden seien, welche vor den Augen der Großh. Regierung Gnade fanden, da habe der Gemeindevorsteher sich, entgegen den Bestimmungen der Gemeindeordnung, allein als Gemeindevorstand betrachtet. Und die Regierung habe sich sonderbarer Weise der Auffassung des Gemeindevorstehers angeschlossen; nach Meinung der Regierung hätten sich die Beigeordneten dem Gemeindevorsteher unterzuordnen. In Schwartau drohe in nächster Zeit ein Kommunalskandal auszubrechen. Von 1903 sei noch keine Abrechnung der Gemeindekasse gegeben worden. Unsere Genossen wandten sich dann zunächst in einer Interpellation an den Gemeindevorsteher. Dieser erklärte daraufhin, die betreffenden Revisoren seien mit der Prüfung noch nicht fertig; die Abrechnung solle in nächster Zeit vorgelegt werden. Ein Antrag einer unserer Genossen, daß die Abrechnung in der nächsten Sitzung vorgelegt werden solle, wurde von diesem zurückgezogen, nachdem die Revisoren erklärt hatten, daß sie bis dahin nicht fertig würden. Nachdem einige Zeit verstrichen war, ohne daß die Abrechnung vorgelegt war, wandten sich unsere Genossen durch eine Deputation an die Regierung. Hier wurde ihnen bedeutet, daß der Gemeinderat dann eine andere Prüfungskommission wählen solle. Der Gemeinderat hafte für die ordnungsmäßige Führung der Kasse. Darauf wollten unsere Genossen in einer am gleichen Tage stattgefundenen Sitzung auf diese Angelegenheit eingehen. Der Gemeindevorsteher aber erklärte, die Zeit sei zu weit vorgeschritten — es war 7¼ Uhr abends —, er lehne es ab, auf die Sache einzugehen. Nun blieb unseren Genossen nichts anderes übrig, als der Regierung gegenüber die Haftung für die Kasse abzulehnen. Weiter wurden von unseren Genossen noch mehrere andere unsern Lesern durch den „Volksbote" bereits bekannt gewordene Fälle angeführt, die gleichfalls ein grelles Schlaglicht auf die in Schwartau herrschenden Zustände werfen. Genosse Stelling unterzog das Gebahren des Gemeindevorstehers in Schwartau einer Kritik und rügte scharf, daß die Regierung durch ihr Verhalten den Gemeindevorsteher noch in seiner, mit der Gemeindeordnung nicht im Einklang zu bringenden Position stände. — Beim Punkt: Stellungnahme zu den Landtagswahlen wurde, einer Anregung des Genossen Westphäling-Stockelsdorf entsprechend, beschlossen, daß bei den diesmaligen Wahlen versucht werden solle, die Kandidaten aus den Reihen der Genossen des Fürstentums zu nehmen. Dem Vertreter der Agitationskommission in Neumünster wurde anheimgegeben, sich mit dem Parteivorstand, hinsichtlich der wirtschaftlichen Sicherstellung der eventl. sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten aus dem Fürstentum in Verbindung zu setzen. Der nächste Punkt: Stellungnahme zur Parteipresse zeitigte eine lebhafte Debatte, in die die Genossen Saalfeld-Neumünster, Heitmann-Oldenburg und Stelling-Lübeck eingriffen. Dieselbe zeitigte schließlich den Beschluß, daß im Herbst und wenn möglich auch im Frühjahr eine lebhafte Propaganda für den „Volksbote" entfaltet werden soll. — Nachdem noch bei dem nächsten Punkt seitens des Vorsitzenden darauf hingewiesen wurde, daß jeder Ort einen Beitrag von 30 Pfg. erheben und 20 Proz. nach Neumünster abführen müsse — entsprechend einem Beschlusse des Provinzialparteitages — wurde Stockelsdorf wiederum als Vorort bestimmt. Hierauf wurde die Konferenz mit einem Hoch auf die internationale, völkerbefreiende Sozialdemokratie nach 6 Uhr abends geschlossen. — An der Konferenz nahmen 11 Delegierte teil und zwar aus Schwartau 3, Eutin 2, Stockelsdorf 3, Malente 1, Gnissau 1 und Fissau 1. Außerdem waren für die Oldenburger Parteileitung Genosse Heitmann-Oldenburg, für die Agitationskommission Genosse Saalfeld-Neumünster, für die Redaktion des „Lüb. Volksbote" Gen. Stelling, und für die Redaktion der „Schlesw.-Holst. Volksztg." Gen. Brecour anwesend.

Wismar. Was die Vernichtung eines jungen Menschenlebens wert ist. Oberleutnant Leyde aus Wismar, dessen Revolvergeschichte noch in aller Erinnerung ist, war bekanntlich vom Kriegsgericht „wegen fahrlässiger Tötung" eines jungen Mädchens in seiner Stube zu 2½ Jahren Gefängnis und Dienstentlassung verurteilt worden. Das Oberkriegsgericht in Altona hob jetzt die Dienstentlassung auf und verwandelte die Gefängnisstrafe in Festungshaft auf die gleiche Dauer. Und wann wird der Mann nun ganz begnadigt werden?! — Man sieht, der Mensch muß nur Glück haben!

Harburg. Der Streik der Schiffszimmerer ist beendet. Freitag Abend fand eine Versammlung der Schiffszimmerer statt. In der Versammlung wurde das Angebot der Werftinhaber, 46 Pfg. Stundenlohn, mit 20 gegen 7 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Die Schiffszimmerer erhielten vor dem Streik auf der Werft von Holtz 45 Pfg., bei Renck und Harms 45 Pfg. Stundenlohn. Die Forderung war 48 Pfg. pro Stunde. Am Montag, den 17. Juli, nehmen die Schiffszimmerleute die Arbeit wieder auf.

Oldenburg. Vom Meineidsprozeß gegen den Kellner Meyer wird weiter berichtet: In der dritten Sitzung, am Donnerstag, gelangten zunächst Briefe des Angeklagten aus dem Untersuchungsgefängnis zur Verlesung, u. a. ein Schreiben an den Vorsitzenden des deutschen Kellnerbundes Hansen in Bremen und ein solches an seinen Bruder. In beiden Briefen klagt Meyer darüber, daß er infolge der vielen Vernehmungen, die er über sich habe ergehen lassen müssen, „an Geistesgegenwart abgenommen habe", bezw. furchtbar mitgenommen sei. „Wenn die Leute glauben", schreibt er an seinen Bruder, „daß ich die Unwahrheit gesagt habe, so ist Gott und mein eigenes Gewissen mein Zeuge, daß es nicht andem ist. Ich habe so, wie es mein eigner Verstand behalten hat, ausgesagt, und mehr kann ich nicht tun." Nachdem sodann der Vorsitzende den Geschworenen die Unterbreitung der früheren Aussagen des Angeklagten in Vervielfältigung in Aussicht gestellt hat, bemerkt der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Sprenger, ein Zeuge, auf dessen Vernehmung der Staatsanwalt längst verzichtet hatte, habe höhnisch erklärt, er habe Meyer ins Zuchthaus gebracht. Der Vorsitzende ordnete an, daß dieser und ein anderer Zeuge, auf dessen Vernehmung verzichtet ist, durch den Gerichtsdiener sofort aus dem Gebäude hinausgeworfen werden. Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Sprenger bemerkt ferner, daß die einzelnen Zeugen, die noch vernommen werden sollen, sich darüber geäußert hätten, daß sie sich gezwungen sähen, ihre Aussagen abzuändern. Er bitte den Vorsitzenden, die Zeugen darauf aufmerksam zu machen, daß nicht jede Abänderung ihrer Aussage schon einen Meineid darstelle. Es liege vielmehr auch bei diesen Zeugen der Verdacht vor, daß sie durch Kommissar Bönitz beeinflußt seien. Staatsanwalt Becker bemerkt mit Bezug auf eine Anfrage aus dem Kreise der Geschworenen, durch verschiedene Zeugenaussagen sei festgestellt, daß das von Meyer angeführte Sauerbrunnenplakat mit der „Lustigen Sieben" im Kasino tatsächlich bestehe und zum Spiel benutzt worden ist, natürlich nicht vom Minister Ruhstrat und seinen Mitspielern. Die Zeugen Oberregierungsrat Webs, Staatsanwalt Koch-Hamburg, Rechtsanwalt Mentzler-Oldenburg, Amtsrichter Bode-Varel haben nicht gesehen, daß Minister Ruhstat „Lustige Sieben" gespielt hat. Auch dem Zeugen Staatsanwalt Dr. Fimmen ist nichts davon bekannt. Letzterer Zeuge berichtet weiter über die Vorgänge im vorigen Schweynert-Prozeß, die zur Verhaftung des Angeklagten Meyer führten. Nach seiner Wahrnehmung war Meyer durchaus nicht befangen. Er blieb bestimmt und sicher bei seinen Aussagen und machte nicht den Eindruck, daß er verwirrt sei. Meyer sei auch von dem Vorsitzenden durchaus nicht schroff behandelt worden. Die Vernehmung Meyers habe deshalb so lange Zeit in Anspruch genommen, weil seine protokollarischen Aussagen vor dem Rechtsanwalt Sprenger nicht in Uebereinstimmung zu bringen waren mit dem, was er später bekundet hat. — Staatsanwalt Dr. Becker: Wurde Meyer auf die Widersprüche aufmerksam gemacht? — Zeuge: Ja. — Rechtsanwalt Dr. Sprenger behauptet, daß kein Widerspruch vorläge, und daher kämen die sämtlichen Aussagen mehrfach zur Erörterung. — Staatsanwalt Dr. Becker: Mußte es dem Angeklagten schwer fallen, den Verhandlungen zu folgen? — Zeuge: Das kann ich nicht sagen. Es handelte sich hier um ganz einfache Sachen; es wurde nur danach gefragt: Bleiben Sie dabei, daß Ruhstrat, Schmidt und Dr. Schleppegrell im Anschluß an ein Skatspiel „Lustige Sieben" gespielt haben? und auch im Falle des Referendars Christians sollte er nur sagen, ob er seine Behauptung, dieser habe mitgespielt, aufrecht erhalte. — Staatsanwalt: Wie wurde der Fall Christians behandelt? — Zeuge: Ich glaube, man war überrascht, mit welcher Bestimmtheit der Zeuge dabei verblieb, daß Referendar Christians ebenfalls mitgespielt habe, obgleich dieser mit Bestimmtheit widersprach. Das mag der erste Grund für die Verhaftung Meyers gewesen sein. Ich hatte den Eindruck, daß dieser objektiv die Unwahrheit sagte, aber keineswegs von dem Vorsitzenden irgendwie angefahren worden ist. — Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Sprenger: Hatte der Vorsitzende im Schweynert-Prozeß nicht ein sehr lebhaftes Temperament, ein sehr lautes Organ, so daß Personen, die ihn nicht näher kennen, erschreckt werden konnten? — Zeuge: Ja, er ist etwas lebhafter, als die Leute hier. Er spricht laut und sehr akzentuiert, aber im allgemeinen kann ich nicht finden, daß sich die Zeugen dadurch einschüchtern lassen müssen. — Rechtsanwalt Dr. Sprenger: Ja, es handelt sich hier nicht um die Zeugen im allgemeinen, sondern nur darum, ob Meyer eingeschüchtert werden konnte. Wir Verteidiger hielten uns auch nicht für befangen und ebenso nicht für eingeschüchtert. (Heiterkeit.) Der Verteidiger geht dann auf den Fall Christians ein, den er ganz anders auffaßt als der Zeuge. Der Angeklagte sagt, er fühle sich befangen, nicht weil er etwas gesagt, was nicht richtig sei, sondern weil vor ihm Richter saßen, die selbst gespielt haben. Halten Sie nicht diesen Einwand des Angeklagten für berechtigt? — Zeuge: Es war mir unverständlich, weshalb der Angeklagte befangen sein soll, wenn er mich früher einmal bedient hat. — Rechtsanwalt Dr. Sprenger: Meinen Sie nicht, daß er befangen werden kann, wenn er sich denkt, hier wirft mir ein Richter die Unwahrheit vor, und ich habe ihn selbst bedient, während er gespielt hat? — Zeuge: Ich meine, er hätte nur verwirrt werden können, wenn ich ihn scharf angesehen hätte. — Rechtsanwalt Dr. Sprenger: Nun hat uns Regierungsrat Becker gesagt, daß es ihm als praktischen Juristen nicht leicht gefallen ist, immer den Verhandlungen zu folgen. — Zeuge: Ja, ich kann mich doch nicht über die Fähigkeiten des Herrn Regierungsrat Becker erklären. — Die Verteidigung geht dann auf die Spielvorgänge in Oldenburg ein. Zeuge weiß nichts von den tollen Szenen, die sich dort manchmal abgespielt haben sollen. — Rechtsanwalt Dr. Sprenger: Wurde Sekt beim Spielen getrunken? — Zeuge: Das weiß ich nicht. — Rechtsanwalt Dr. Sprenger: Oder wurde Sauerbrunnen getrunken, damit die Herren mehr die Ruhe bewahrten? — Zeuge: Allerdings wurde Sauerbrunnen getrunken. Ob das aber geschah, um die Ruhe zu bewahren, oder ob den Herren das Bier nicht bekam, weiß ich nicht. — Rechtsanwalt Dr. Sprenger: Sind die Herren in Oldenburg vielleicht Abstinenzler? (Heiterkeit.) — Präs.: Alle solche Fragen über Vorgänge in früherer Zeit werde ich künftig ablehnen. — Rechtsanwalt Dr. Sprenger: Ich halte es für wesentlich, festzustellen, ob der Zeuge noch als Beamter gespielt hat. Ich möchte dadurch aufklären, ob die Herren sich in ihren Spielgewohnheiten solidarisch fühlten und gewissermaßen pro domo eintraten. Ich werde aber auf einen Gerichtsbeschluß verzichten und will nur konstatieren, daß der Zeuge mehrere meiner Fragen nicht beantwortet hat. — Zeuge: Ich halte prinzipiell daran fest, daß ich allerlei Fragen über mein Privatleben, die mit der Sache selbst nichts zu tun haben, nicht zu beantworten brauche. Rechtsanwalt Dr. Sprenger: Prinzipien sind billig wie Brombeeren. — Der Präsident erklärt diese Bemerkung für unangebracht. — Rechtsanwalt Dr. Spenger: Können Sie behaupten, daß Sie über das Thema nicht mit ihrem Vorgesetzten, auch nicht mit dem Minister Ruhstrat gesprochen haben? — Präs.: Was sollen alle diese Fragen? — Staatsanwalt: Ich werde alle diese Fragen künftig beanstanden und Gerichtsbeschluß darüber herbeiführen. — Präs.: Alles das hängt doch nur mittelbar mit den früheren Prozessen zusammen. Das würde uns zu weit führen. — Zeuge: Ich

habe in den Prozessen keine Instruktionen erhalten, die Verhaftung Meyers habe ich aus eigener Initiative beantragt. Hierauf tritt die Mittagspause ein. Die nach der Mittagspause zunächst vernommenen Zeugen Amtsrichter Tormade und Gymnasialdirektor Frühstück haben ebenfalls nicht gesehen, daß Minister Ruhstrat „Lustige Sieben" gespielt hat. Landgerichtsdirektor Erk-Oldenburg, der sich über die Vorgänge im Schwepnert-Prozeß ausläßt, bemerkt, Meyer sei sehr eingehend vernommen worden und habe von Anfang an in klarer und bestimmter Weise erklärt, daß Minister Ruhstrat mit den Herren Schmidt und Dr. Schleppegrell „Lustige Sieben" gespielt habe zur Zeit, als Meyer als Kellner im Zivilkasino beschäftigt war. Wenn Regierungsrat Becker gemeint habe, der Angeklagte habe bei seinem Verhör verwirrt werden können, so rühre das vielleicht daher, daß Regierungsrat Becker bei der ersten Vernehmung Meyers nicht zugegen war und außerdem etwas schwer höre. Auf Befragen antwortet Zeuge, er habe die Empfindung, daß zwischen Ruhstrat und Becker etwas vorgefallen sei, weshalb sie nicht mehr so freundschaftlich verkehren wie früher. Nachdem dann aus dem damaligen Protokoll festgestellt ist, daß bereits am ersten Tage seiner Vernehmung dem Angeklagten mit Verhaftung gedroht worden ist, bezeugt Amtsrichter Gerold-Bremen, der Angeklagte habe ihm gegenüber erklärt, daß er Pokern und „Lustige Sieben" sehr wohl unterscheiden könne. Gerichtsassessor Romp bestätigt, daß Meyer mit großer Sicherheit behauptet habe, er habe wiederholt gesehen, daß Ruhstrat, Schmidt und Schleppegrell nach dem Skatspiel ein Würfelspiel betrieben hätten. Nächster Zeuge ist Herr von der Heide-Bremen, bei dem der Angeklagte von 1903 bis 1904 als zweiter Kellner in Stellung war. Der Zeuge kann ihm nur ein recht gutes Zeugnis ausstellen. — Rechtsanwalt Dr. Sprenger: Halten Sie den Angeklagten für wahrheitsliebend? — Zeuge: Jawohl, in jeder Hinsicht, so weit ich ihn kenne. Ich bin der festen Ansicht, daß er keinen Meineid leisten kann. (Der Angeklagte ist sehr ergriffen, ihm stehen die Tränen in den Augen.) — Rechtsanwalt Dr. Herz: Ist Ihnen vielleicht aufgefallen, daß Meyer gegen Ende seiner Beschäftigung bei Ihnen renommiert hat? — Zeuge: Nein. — Rechtsanwalt Dr. Herz: War er nicht auch ein sehr guter Sohn? — Zeuge: Das weiß ich sehr wohl. — Staatsanwalt Becker: Sie haben einmal gesagt, daß Meyer auch einmal eine Ausrede gebraucht habe. — Zeuge: Das kommt wohl in jedem Geschäft vor. — Rechtsanwalt Dr. Herz: Haben Sie ihn einmal ertappt, daß er log? — Zeuge: Nie. Der Wirt Hinrich Scheepker und Hotelbesitzer Schwenker-Zwischenahn können nichts wesentliches aussagen. Stewart Barth-Bremerhaven, der sich bei seiner Vernehmung sehr ängstlich zeigt, war zusammen mit dem Angeklagten Meyer im Zivilkasino als Kellner beschäftigt. — Präs.: Haben Sie gesehen, daß dort gespielt wurde? — Zeuge: Ja. Karten und Würfel. Einmal sah ich, wie der Kellner Riemenschneider ein Plakat der Bösen Sieben in die Nische trug. (Große Heiterkeit.) — Präs.: Sonst nennt man das doch die Lustige Sieben? Hat Ihnen Riemenschneider gesagt, daß er angepumpt worden wäre? — Zeuge: Ja, er sagte, er hätte auch von dem Herrn Ruhstrat Geld zu bekommen. (Bewegung.) — Präs.: Wußten Sie, daß es verschiedene Herren Ruhstrats in Oldenburg gab? — Zeuge: Nein, ich kannte nur den Rechtsanwalt, ich glaubte, daß der damit gemeint sei. — Rechtsanwalt Dr. Sprenger: Waren Sie sehr ängstlich, als Sie vernommen wurden? — Zeuge: Nein, ich war eben vom Schiff gekommen und wußte noch nicht viel. — Präs.: Haben Sie auf dem Schiff niemals von den sogenannten „Ruhstrat-Prozessen" gehört? — Zeuge: Nein, auf dem Schiffe hatten wir nur den „Residenzboten". (Große Heiterkeit.) — Präs.: Na, da kamen Sie ja gerade an den Richtigen. — Dem Kellner Riemenscheider konnte die Ladung nicht zugestellt werden. Es entspinnt sich daher zum Schluß der Verhandlung eine lange Debatte zwischen Staatsanwalt und Verteidigung, ob die mit ihm aufgenommenen Protokolle verlesen werden dürfen. Schließlich wird auf die Verlesung verzichtet. Freitag vormittag 8 Uhr werden die Verhandlungen fortgesetzt.

Oldenburg. Kellner Meyer freigesprochen! Das Urteil im Ruhstrat-Prozeß ist gestern (Sonntag) in der zweiten Morgenstunde von den Geschworenen des Landgerichts Bückeburg gesprochen worden. Der Angeklagte, Kellner Meyer, wurde von der gegen ihn erhobenen Anklage des Meineides freigesprochen und sofort aus der Haft entlassen. — Ob Minister Ruhstrat sich nun wohl darüber im Klaren ist, wer durch diesen Wahrspruch der Geschworenen gerichtet ist? Meyer kann von Glück sagen, daß sein Prozeß in Bückeburg und nicht in Oldenburg verhandelt wurde.

Aus Nah und Fern.

Aus der Gelehrtenwelt wird ein nettes Histörchen berichtet. Professor . . . vom . . . . medizinischen Institut arbeitete heftig in seinem Laboratorium, das von drohenden Zurüstungen chemisch bakteriologischen Untersuchungsmaterials starrte. Ein ausgezeichneter auswärtiger Arzt besuchte ihn und verfolgte seine ihn völlig in Anspruch nehmende Arbeit mit größter Spannung. Die Aufmerksamkeit des Professors schien plötzlich, aber nicht hoffnungslos auf ein Gerät konzentriert zu sein, das von Rauch und Dampf ganz eingehüllt war. „Was kochen Sie in dem Topf?" fragte wißbegierig der Besucher. — „Raten Sie!" erwiderte der Gelehrte zerstreut. — „Mikroben?" — „Nein!" — „Kugelbakterien?" — „Nein!" — „Spirochaeten?" — „Nein!" — „Was denn?" — „Knackwurst!" versetzte voll Würde der Gelehrte.

Revolution im russischen Theater. Selbst im Theater des russischen Reiches scheint sich jetzt die revolutionäre Bewegung oft äußern zu wollen, und der Zorn des Publikums den schlechten Kunstleistungen gegenüber nimmt dann einen Charakter an, als richte er sich gegen unliebsame Machthaber und nicht gegen harmlose Komödianten. So geschah es, wie russische Blätter melden, jüngst in Alexandrowka. Dort hatte der ehemalige Hofschauspieler Sarin eine Liebhaberschmierbühne errichtet und vor dicht gefülltem Hause fand mit einem französischen Vaudeville die Eröffnungsvorstellung statt. Schon im ersten Akt ward man unzufrieden mit den Leistungen, nervös und unruhig; bald hörte man Zischen, Pfeifen, Trampeln — kurzum, der Skandal war da. Der Regisseur trat vor und mahnte zur Ruhe. Doch seine feierlichen Worte schürten nur die Wut des unzufriedenen Publikums. Der Regisseur erhob seine Stimme lauter und mag wohl irgend ein grobes Wort gesprochen haben, denn plötzlich brach ein Sturm los im Zuschauerkreis, wie er noch selten gehört wurde. Alles schrie und brüllte durcheinander. „Hinaus mit den Schustern!" rief einer. Das Wort hatte gezündet. Es tönte bald aus hundert Kehlen. Doch damit nicht genug. Man drang vom Parkett auf die Bühne, begann zu zerschlagen, zu vernichten, was nicht niet- und nagelfest war, und war gerade im Begriff, die armen Darsteller samt und sonders zu verprügeln, als endlich die Polizei einschritt und den Skandalszenen ein Ende machte. Der „Hofschauspieler" Sarin aber hat nicht die Absicht, sich mit dieser „Kritik" des Publikums zufrieden zu geben; er wird gegen die Hauptruhestörer vorgehen und sie wegen Sachbeschädigung verklagen

Letzte Nachrichten.

Kattowitz. Von der russischen Grenze wird gemeldet, daß das Rathaus in Mohylow plötzlich einstürzte; mehrere Personen wurden getötet, andere schwer verletzt.

Bochum. Kindesmord. Die hiesige Polizei verhaftete ein kölnisches Dienstmädchen, das ihr Kind in einem Kornfelde erwürgt hatte. Die Mörderin ist geständig.

Rom. 16 Personen getötet. In Fermo (Italien) stürzte in der Kapelle des dortigen Hospizes während der Messe der Fußboden ein, wodurch 16 Personen getötet und 32 verletzt wurden.

New-York. Rassenhaß. Bereits zum zweiten male innerhalb zweier Wochen wurde hier eine blutige Massenschlacht mit Revolvern und mit von Dächern geschleuderten Ziegeln ausgefochten. Etwa 300 Neger standen gegen 800 Weiße. Erst nach 3 Stunden konnten 250 Polizisten Ordnung schaffen. Inzwischen wurden Dutzende von Verwundeten in die Hospitäler gebracht, von denen eines einen Verbandsplatz direkt auf dem Gefechtsfelde errichten mußte.

Lübecker Marktpreise vom 15. Juli.

Bauern-Butter Pfd. 1,15 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,25 Mk., Hasen Stck. —— Mk., Enten Stck. 3,— Mk., Hühner Stck 1,60 Mk., Küken Stck. 1,20 Mk., Tauben Stck. 0,55 Mk., Gänse Pfd. —,— Pf., Fickgans —,— Mk., Schweinskopf Pfd. 0,45 Mk., Schinken Pfd. 1,— Mk., Wurst Pfd 1,20 Mk. Eier 9 Stck. 60 Pfg., Karpfen Pfd. —,— Pfg., Ger. Lachs Pfd. 1—2,40 Mk., Karauschen Pfd. 80 Pfg., Hechte Pfd. 60 Pfg., Borsche Pfd 60 Pfg., Aal Pfd. 0,90 Mk., Aepfel beste Gravensteiner 100 Pfd. —,— Mk., Nonnen 100 Pfd. —,— Mk., andere Sorten 100 Pfd. —,— Mk., Pflaumen 100 Pfd. — Mk., Hamb. Blumenkohl, Kopf 30 Pfg., Hamb. Kirschen, Pfd. 20 Pfg., Kohl 100 Pfd. —,— Mk., Gurken, Pfd. 0,20 Mk., Zwiebeln 100 Pfd. — Mk., Kartoffeln, beste frans., 200 Pfd. 14,50 Mk., per 10 Liter 100 Pfg., magnum bonum 200 Pfd. —,— Mk., Kartoffeln 10 Liter — Pfg.

Sternschanzen-Viehmarkt.

Hamburg, 15. Juli.

Der Schweinehandel verlief rege.

Zugeführt wurden 1743 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: extragroße — Mk., Versandschweine, schwere 63—64 Mk., leichte 64½—65 Mark Sauen 56—60 Mk. und Ferkel 60—64 Mk. per 100 Pfund.

Katharine Möller
Joachim Niemann
Verlobte.
Travemünde, z. Z. Lübeck Lübeck.
Im Juli 1905

Zum 1. Oktober eine Wohnung mit 2 Stuben, Küche, Boden, Stall und etwas Land. Preis 160 Mk.
Moislinger Allee 120.

Kräftigen Laufjungen sucht Fedder J. Behm
Lützowstraße 13.

Ein Taubenschlag mit Tauben
(20 bis 30 Stück) billig zu verkaufen. Näheres Bülowstraße 8.

Verloren am Freitag abend in der Breitestraße **ein Marinekinderkragen, Manschetten und Schärpe.** Abzugeben Bülowstraße 11.

Unseren werten Mitgliedern zur Kenntnis, daß
die Eröffnung unserer Verkaufsstelle erst Ende d. Woche stattfindet.
Näheres durch die Tagesblätter.
Konsumverein für Lübeck und Umgegend.
Der Vorstand.

Fordert Petroleum nur von den Wagen der Firma F. Weber.

Sterbekasse „Fidelitas"
für Männer und Frauen.
Außerordentliche General-Versammlung
am Sonnabend den 22. Juli
abends 9 Uhr
in den Zentralhallen (kleiner Saal).
Tages-Ordnung:
1. Innere Kassenangelegenheiten.
2. Botenwahl.
NB. Erscheinen sämtlicher Mitglieder erforderlich.
Der Vorstand.

Mitteilung.
Meinen geehrten Kunden und Gönnern die ergebene Mitteilung, daß ich meine
elektro-mechanische Schnell-Besohl- u. Reparatur-Anstalt
von Fischergrube 34 nach Pfaffenstraße 1 verlegt habe
und bitte um ferneres Wohlwollen.
A. Stapelfeldt.
NB. Geschäftsprinzip: Reelle Arbeit, billige Preise, schnelle Bedienung.

Bibliothek des praktischen Wissens.
Nr. 1. **Die Kunst der Rede,** Mk. 1.
Nr. 2. **Das Ehe- und Familienrecht,** Mk. 0.75.
Nr. 3. **Das Vormundschaftsrecht,** Mk. 0.75.
Nr. 4. **Das Erbrecht und die Testamente,** Mk. 0.75.
Nr. 5. **Das Recht der unehelichen Kinder und der Kindermütter,** Mk. 0.75.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Schmerzloses Einsetzen
künstlicher Zähne
ohne Herausnahme der Wurzeln
unter Garantie der Brauchbarkeit beim Essen.
Teilzahlung gestattet.
M. Marks, Zahnkünstler, Mühlenstr. 28.

Uhrfeder einsetzen . . 1,50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1,50 „
1 Jahr Garantie.
Ernst Gentzen, Uhrmacher,
Königstraße 62, b. d. Hüxstraße.

Ein großer Posten schöne Hamburger Kirschen
Pfd. 12 Pfg.
bei Körben Pfd. 10 Pfg.
L. Jacobsen
Meierstraße 26 u. 26a.

Verband d. Fabrik-, Land-, Hülfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschl.
(Zahlstelle Lübeck)
Mitglieder-Versammlung
am Dienstag den 18. Juli
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme.
2. Abrechnung vom Vergnügen.
3. Fragekasten.
4. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung.

Ausserordentliche
General-Versammlung
der
Kranken- u. Sterbekasse Fidelitas E. H. Nr. 19
am Montag den 24. Juli, abends 9 Uhr
in den Zentral-Hallen (W. Borgwardt).
Tages-Ordnung:
1. Uebertritt zu einer anderen Kasse.
2. Auflösung der Kranken- und Sterbekasse Fidelitas.
3. Verschiedenes.
NB. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu erscheinen, da laut Statut ⅔ der Mitglieder anwesend sein müssen.
Der Vorstand.

I. O. G. T.
Tombolaverlosung der Loge „Raste nie" Nr. 628 zu Stockelsdorf.

4	14	32	126	165	172	194
199	219	241	243	267	288	297
311	312	359	384	535	556	567
605	607	616	655	657	718	766
767	769	772	785	844	919	924
938	1029	1080	1104	1125	1130	1168
1171	1201	1240	1242	1317	1323	1345
1364	1383	1405	1444	1445	1471	1476
1504	1536	1554	1616	1618	1619	1637
1678	1706	1717	1720	1734	1871	1881
1885	1896	1899	1907	1912	1927	1990
2063	2090	2119	2132	2188	2219	2250
2271	2297	2347	2358	2374	2378	2395
2399	2469	2477	2484	2513	2519	2542
2582	2594	2608	2609	2622	2632	2633
2649	2711	2724	2726	2739	2748	2855
2886	2895	2926				

Abzuholen bei Herrn Fr. Lange, Gastwirtschaft, Stockelsdorf.

Stadt-Halle.
Dienstag: Abonnements-Vorstellung 60.
Unsere Don Juans.
Operetten-Posse in 4 Akten.
Mit neuen Gesangs-Einlagen.
Anfang 7½ Uhr. Von 7 Uhr: Konzert.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie der mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie die mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Paul Löwigt. Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 165. Dienstag, den 18 Juli 1905 12. Jahrgang.

Der Sozialismus in China.

Ein Chinese, Dr. Sun-Yan-Sen, der kürzlich nach Brüssel reiste, um den Anschluß der sozialistischen Partei Chinas an die Internationale anzuzeigen, hatte mit einem Redakteur des „Voorwärts" ein Gespräch über die Ziele und Stärke der sozialistischen Partei in China, dem wir folgende interessanten Aufschlüsse entnehmen:

Die Mandschuren unterdrücken China, wie die Russen die Polen. Darum ist's der erste Punkt unserer Freunde im Reiche des Himmels: China den Chinesen, hinaus mit den fremden Unterdrückern! Man darf nicht vergessen, daß in China der ganze oder fast der ganze Grund und Boden gemeinsames Eigentum ist, wir haben also wenig Grundbesitzer, das Land ist den Bewohnern nach bestimmten Vorschriften bloß geliehen. Die Chinesen haben ein sehr einfaches Steuersystem: Jeder zahlt nach seinen Mitteln. Die nationalen Lasten ruhen nicht, wie in Europa, hauptsächlich auf den besitzlosen Klassen, das heißt auf der großen Masse. Unsere gelben Genossen wollen dieses System noch verbessern, sie wollen ihm eine feste Grundlage geben und verhindern, daß eine Klasse die andere bedrücke.

Das Maschinenwesen hat in China wenig Fortschritte gemacht, der größte Teil der Arbeit wird mit den Händen verrichtet. Der größte Teil der chinesischen Arbeiter befindet sich übrigens in dem Zustande wie etwa die Handwerker in der Zeit des Zunftwesens. Alle sind organisiert und zwar fester als in irgend einem Lande. Das materielle Los der Arbeiter in China ist auch keineswegs beklagenswert. Es gibt wenig sehr arme Leute und noch weniger reiche. Die Reichen können sich übrigens trotz ihres Reichtums kaum die Hälfte jenes Komforts und Luxus gönnen, den sich europäische Kapitalisten leisten. Die Genossenschaften und die Zünfte wehren sich mit großer Energie gegen die Einführung der Maschinen und gegen die europäische Produktionsweise überhaupt. Die Chinesen wissen sehr wohl, was sie unter den Völkern sind: die glücklichsten von allen! Sie wissen, was die europäischen Proletarier unter der kapitalistischen Produktionsweise zu leiden haben, und sie wollen deshalb nicht zu Sklaven der Maschinen werden. Die chinesischen Sozialisten haben einen harten Kampf für die Zulassung der Maschinen zu führen, aber sie wollen durchaus den neuen Bau des Sozialismus errichten, sie wollen aus dem Fortschritt der Zivilisation Nutzen ziehen, nicht ihre Opfer sein. Mit einem Wort, sie glauben aus der mittelalterlichen Zünftewirtschaft ohne Zwischenstadium in die sozialistische Organisation eintreten zu können, die Leiden und Mißgeschicke des kapitalistischen Regimes vermeidend.

In einigen Jahren — fügte Dr. Sun hinzu — hoffen wir, unsere stolzesten Träume verwirklicht zu sehen; denn unsere Zünfte und Handwerker sind getränkt mit sozialistischem Geist. Wir werden in rein kollektivistischem Regime gedeihen. Ihr Europäer werdet daraus nicht allein den Nutzen und die Kraft des guten Beispiels ziehen, Ihr werdet auch beweisen können, daß der Kollektivismus keine bloße Chimäre oder Utopie ist. Der chinesische Sozialismus liegt nicht mehr in den Windeln, wie man früher glaubte: ich wage zu sagen, daß er sogar schon den Kinderschuhen entwachsen ist. Alle Zünfte bekennen sich zu unseren Tendenzen und warten nur auf das Signal zum Beginn des Kampfes.

Uebrigens gibt die stattliche Zahl von 54 (?) chinesischen sozialistischen Zeitungen einen Maßstab für die Zahl ihrer Leser und damit ihrer Anhänger, die Analphabeten nicht gerechnet, deren wir mehr als Sie haben.

Genosse Dr. Sun-Yan-Sen schloß seine Erzählungen, die ja gewiß manches Ueberraschende und vielleicht nicht gerade wissenschaftlich Erwiesene enthalten, mit der Erklärung, daß die sozialistische Partei Chinas auf dem nächsten internationalen Kongreß in Stuttgart vertreten sein werde.

Soziales und Parteileben.

In den Ausstand getreten sind fast sämtliche Arbeiter der Rheinmühlenwerke in Mannheim. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Ein recht seltenes Urteil fällte das Schöffengericht in Augsburg, indem es einen Angeklagten wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung freigesprochen hat. Der Sachverhalt ist kurz folgender: Während des Tischlerstreiks in Augsburg soll der Leiter desselben, Genosse Simon, einen Streikbrecher dadurch beleidigt haben, daß er vor ihm ausspukte und Pfui Teufel! gesagt haben soll. Ein anderer Arbeitswilliger, der Invalidenrente bezieht, bekundet, zur Arbeitsniederlegung gezwungen worden zu sein, indem Simon ihm gedroht habe, die Einziehung der Rente zu veranlassen. Beides bestreitet der Angeklagte entschieden. Der Vertreter der Anklage beantragte vier Tage Gefängnis. Das Gericht sprach aber den Angeklagten frei, denn es schloß sich dem Verteidiger an, der zu erwägen bat, daß trotz der bestimmten Aussagen und trotz des Eides der beiden Arbeitswilligen, denen geglaubt werden könne, die Schuld des Angeklagten nicht bewiesen sei. Es komme hier ein psychologisches Moment in Betracht. Jeder Arbeitswillige sei sich seiner niederen Handlungsweise innerlich voll bewußt, und er glaube dann, jede Handbewegung, jedes Wort usw. sei gegen ihn gerichtet, und in gutem Glauben könne er seine Aussagen mit einem Eid bekräftigen, was aber für das Gericht nicht maßgebend sein dürfe. Ein Schöffe (ein Arbeiter) stellte durch Befragen des einen Arbeitswilligen auch noch fest, daß dieser dreiviertel Jahre vor Ausbruch des Streiks nicht gearbeitet hat und daß ihm sein Arbeitseifer erst nach Ausbruch des Streiks eingefallen sei. Bezeichnend für die Verständnislosigkeit des Bürgertums in Arbeiterfragen ist der Umstand, daß der Amtsrichter die Bedeutung der Frage des Schöffen an den Arbeitswilligen nicht verstand oder einsah. Jedenfalls ist sie ihm erst im Beratungszimmer klar gemacht worden. Das Urteil ist den Tatsachen nach völlig gerecht und in Ordnung, aber in der deutschen Rechtsprechung eben zu deren Charakteristik auch einzig dastehend.

Zur Eisenbahntarifreform. Aus Karlsruhe wird berichtet: In einer stark besuchten, von allen Parteien einberufenen Protestversammlung gegen die geplante Eisenbahntarif-Reform begründete Rechtsanwalt Frühauf die vorgeschlagene Resolution unter stürmischem Beifall. Genosse Kolb wünschte einen Protest gegen die Regierung, die bewußt auf eine Verpreußerung der badischen Bahnen hinarbeite, unter Mißachtung der Reichsverfassung in den §§ 44 und 45. Wenn die Bahnen verpreußt seien, sei an Reichseisenbahnen nicht mehr zu denken. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Sämtliche Arbeiter der Lokomotivenfabrik von Haganas in Erfurt legten wegen Maßregelung eines Kollegen und Akkordabzüge die Arbeit nieder. Es streiken 200 Arbeiter.

Ein Gewerkschaftsfestumzug ist dem Bernburger Gewerkschaftskartell mit folgender Begründung verboten worden: Auf Ihre Eingabe vom 4. d. Mts. erhalten Sie zum Bescheide, daß die erbetene Erlaubnis zu dem am 16. Juli d. J. beabsichtigten Umzug der vereinigten Gewerkschaften Bernburgs nicht erteilt werden kann, da dieser Umzug als Demonstration gegen die bestehende Ordnung angesehen werden muß und durch denselben Störungen der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung nicht ausgeschlossen sind.

Ein Gewaltstreich gegen das Koalitionsrecht wird aus Aken gemeldet. Die bei der Hafen- und Lagerhaus-A.-G. beschäftigten Arbeiter wurden am Montag abend durch Anschlag am schwarzen Brett aufgefordert, aus dem Verband der Hafenarbeiter auszutreten. Der Vorsitzende der Zahlstelle und sechs Mitglieder wurden aber sofort entlassen. In dem Anschlag heißt es wörtlich:

„Wir haben in Erfahrung gebracht, daß ein großer Teil unserer Arbeiter in den Hafenarbeiterverband eingetreten ist. Die von uns ausgezahlten Löhne und Akkordsätze-Wochenverdienst von 16 bis 34 Mark sind am hiesigen Platze unerreicht und berechtigen uns daher zur Annahme, daß die große Anzahl unserer Arbeiter unter dem Drucke einiger berufsmäßiger Hetzer nachgegeben hat. Mit den Zielen des Hafenarbeiterverbandes können wir uns nicht einverstanden erklären, weil wir unser Geschäft, welches mit vieler Mühe aufgebaut worden ist, nicht zum Spielball einiger, unserem Unternehmen vollständig fernstehenden Agitatoren machen lassen wollen.

Wir wollen mit unseren Arbeitern nur direkt verkehren und werden berechtigte Wünsche jederzeit ein williges Ohr finden.

Wir fordern unsere Arbeiter hiermit zum Austritt aus dem Hafenarbeiterverbande auf, diejenigen, welche diesem Verlangen nicht nachkommen, haben sich die Folgen selbst zuzuschreiben.

Diejenigen, welche dem Verbande nicht angehören, oder bis zum 13. d. Mts. nachweislich aus demselben ausgeschieden sind, erhalten von Freitag den 14. d. Mts. folgende erhöhte Lohnsätze:

Von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends 28 Pf. pro Stunde, außerhalb dieser Zeit 30 Pf. pro Stunde, für Sonntagsarbeit 35 Pf. pro Stunde.

Aken a. E., den 10. Juli 1905.

Hafen- und Lagerhaus Aktien-Gesellschaft.
gez. Bauer. Eichler."

Wenn die Arbeiter also aus dem Verbande austreten, sollen sie die Lohnerhöhung bekommen. Hoffentlich sind die Arbeiter aber so gescheit und bleiben nun erst recht Mitglied, die Lohnerhöhung muß ihnen dann doch werden, und es ist die Gewähr vorhanden, daß sie ihnen nicht wieder abgezogen werden kann. In Aken ist Placke der König im sozialen Reich.

Unsere Partei- und Gewerkschafts-Presse am 1. Juli 1905. Der „Vorwärts" bringt die übliche Quartalsübersicht über die sozialistische Presse Deutschlands. Danach gibt es außer dem Zentralorgan „Vorwärts" und der wissenschaftlichen Wochenschrift, der „Neuen Zeit", 55 tägliche, 2 wöchentlich zweimal, 5 wöchentlich einmal, 1 alle vierzehn Tage, 1 monatlich zweimal und 4 monatlich einmal erscheinende Blätter. Außerdem werden noch die zwei Witzblätter „Südd. Postillon" und „Wahrer Jakob" und 2 illustrierte Unterhaltungsblätter herausgegeben. Die Gewerkschaftspresse Deutschlands umfaßt 69 Blätter, von denen die meisten alle Woche oder alle 14 Tage erscheinen. Zu den Gewerkschaftsorganen, die nur einmal im Monat herausgegeben werden, gehört auch die „Arbeitende Jugend", Organ des Vereins der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter Berlins. Am öftesten erscheint der „Correspondent" für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer zu Leipzig, nämlich dreimal wöchentlich.

Die Straßenbahner in Gera befinden sich in einer Lohnbewegung. Sämtliche Wagenführer haben die Kündigung eingereicht, weil sich die Direktion weigerte, mit dem Vertreter der Organisation des Handels- und Transportarbeiterverbandes zu verhandeln.

Für die russischen Freiheitskämpfer bewilligten unsere Leipziger Genossen als erste Rate 3000 Mk., namhafte Summen spendeten auch die Genossen in Magdeburg, Halle usw.

Die oberschlesische Polizei ist wieder einmal hineingefallen. Vor dem Landgericht in Beuthen wurde gegen unsere Genossin Dr. Golde verhandelt. Nach der Anklage sollte Genossin Golde in einer am 5. März in Kattowitz stattgehabten polnischen Volksversammlung in ihrem Referat über die preußische Volksschule die Lehrerschaft dadurch beleidigt haben, daß sie sagte, die Volksschule sei nicht eine Unterrichtsanstalt, sondern eine Stätte der Knute, dort würden die Kinder zu Papageien abgerichtet,

Um den Lorbeer der Wissenschaft.

Roman von Friedrich Thieme.

(22. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Professor Emmrich und Dr. Rietz sprachen noch ganz anders. Ersterer bekundete direkt seine Ungläubigkeit. „Du weißt, Reinhart, wie ich dich liebe und schätze", betonte er. „Ein Fall aber, wie der von dir behauptete, ist einfach undenkbar. Leopold Sekal ist ein Ehrenmann, dem ein so unerhörter Betrug nicht zuzutrauen ist. Daß auch du nichts vorspiegelst, weiß ich wohl, du bist selbst fest von der Wahrheit deiner Darlegungen überzeugt; du unterliegst eben einer Wahnvorstellung, von der du dich frei machen mußt."

Dr. Rietz ging nicht ganz so weit, er sprach mehr durch die Blume, sein Rat resolvierte jedoch in der bestimmten Mahnung, den törichten Versuch aufzugeben. Auch er hob die praktischen Bedenken hervor, die er so pessimistisch wie möglich ausmalte. „Du wirst nicht nur," erklärte er, „den größten Teil der Vertreter der Wissenschaft gegen dich haben, sondern auch die in einem ihrer vornehmsten Mitglieder angegriffene Geldaristokratie. So rücksichts- und mitleidlos auch Herr von Moris seinen Schwiegersohn aufgeben würde, wenn du einen wenn auch noch so geringfügigen Beweis vorzulegen vermöchtest, so hartnäckig wird er ihn stützen, wenn deine Aktion keine Aussicht auf Erfolg verspricht. Ohne Not blamiert sich niemand gern. Und was es heißt, gegen den Stachel löcken, wirst du erfahren, wenn du meine Mahnung verachtest."

„Ich kann nicht anders," erwiderte Reinhart entschlossen, „ich fühle mich im Recht und nur ein Feigling würde sein teuer bezahltes Eigentum ohne Verteidigung einem Räuber preisgeben."

Der Freund zuckte die Achseln. Reinhart verließ ihn, um trotz der ihm erteilten Ratschläge seine Absicht ins Werk zu setzen. Seine Erklärung war vollständig fertig, sie war mit scharfer Logik unter Verwertung aller ihm zu Gebote stehenden Argumente abgefaßt, ohne in irgend einer Weise beschimpfend oder kleinlich zu sein. Der junge Mann zweifelte keinen Augenblick, daß die Spalten der Zeitungen sich ihm sofort öffnen würden. Er täuschte sich. Zuerst fand seine Mitteilung, daß er der betreffenden Zeitung einen Artikel zur Veröffentlichung übergeben wolle, beinahe enthusiastisches Entgegenkommen, sobald jedoch die Redaktionen vernahmen, worum es sich handle, wurden sie bedenklich. Die Beweggründe verstand und würdigte er gar wohl: der Vorwurf, den er gegen Leopold Sekal erhob, involvierte eine schwere Ehrenkränkung, wie hätten die Zeitungen einen bisher unbescholtenen Mann, den Sohn eines hochgeachteten Gelehrten, ohne den Schatten eines Beweises öffentlich bloßstellen dürfen, noch dazu, da dieselbe Beschuldigung seit ihrem Auftreten allgemein als die Wahnvorstellung eines Kranken bezeichnet worden war?

Mit Mühe fand er schließlich ein Blatt, das sich bereitwillig zeigte, den Artikel wenigstens als Annonce seinem Inseratenteil einzuverleiben — Reinhart selbst fühlte gar keine Genugtuung hierüber, ja, ohne Fresens und Gertruds ermutigende Zusprache hätte er vielleicht noch im letzten Augenblick seine Polemik zurückgezogen.

Unruhig und fast wie schuldbewußt hielt er sich in seiner Wohnung auf; es überkam ihn eine Deprimation, wie er sie noch nie empfunden. So trat er dem Geheimrat entgegen, der seinerseits eine Herzlichkeit manirierte, wie sie Doktor Hohl an ihm noch nicht kennen gelernt. Der geübte Menschenkenner wußte wohl, daß ein stolzes und brüskes Wesen den Trotz des jungen Mannes herausfordern mußte, während gewinnende Liebenswürdigkeit und vorwurfsvolle Sanftmut zur Resonnanz reizen und eine weiche, nachgiebige Stimmung erzeugen.

Reinhart erwartete eine gereizte, stolze Zurückhaltung — im Gegenteil, Rüdiger Sekal schüttelte ihm warm die Hand und sprach seine Freude aus, ihn wieder so rüstig vor sich zu erblicken und sein Bedauern, daß Reinhart ihn und seine Familie noch nicht aufgesucht.

„Dieses unglückliche Mißverständnis", unterbrach er sich kopfschüttelnd selbst. „Bester Doktor, was machen Sie für Geschichten? Sie stürzen sich ins Unglück und bereiten uns große Fatalitäten."

„Ich gehorche nur der Pflicht der Selbsterhaltung," antwortete Reinhart ernst.

„So glauben Sie — natürlich, denn wider Ihre bessere Ueberzeugung würden Sie nicht handeln. Doch in Wahrheit, Herr Doktor, Sie sind jetzt noch überreizt und nicht im Besitz Ihres normalen Bewußtseins. Wenn Sie einmal ganz wieder der Alte sind, werden Sie erschrecken über Ihr Tun. Um Ihrer selbst willen, hören Sie auf Ihre wirklichen Freunde, nehmen Sie Ihre Erklärung zurück und wir werden Ihnen wahrhaftig nichts nachtragen."

So fuhr Geheimrat Sekal fort, in Reinhart zu dringen, doch wies der junge Mann alle Vorschläge des Gelehrten bescheiden, aber fest zurück.

„Denken Sie an Ihre Zukunft — ich bin" — er hob bedeutsam den Finger — „tiefer in die Geheimnisse Ihres Herzens und einer gewissen anderen Person eingedrungen —"

Dr. Hohl errötete lebhaft.

„Sie wissen, welch' hohe Achtung ich für Ihre Kenntnisse, Ihren Charakter hege — nach völliger Wiederherstellung Ihrer Gesundheit hätten Sie sicherlich bei mir nicht vergeblich angeklopft —"

Er blickte den Widersacher seines Sohnes erwartungsvoll an. Der Doktor wandte sein Antlitz ab, um die Aufwallung von Seelenpein zu verbergen, welche ihm des Besuchers Worte verursachten. Mit zitternder Stimme entgegnete er sodann:

„Der Himmel weiß, Herr Geheimrat, was ich leide —

die Volksschule führe zur Demoralisation, die Lehrer ließen sich zur „Germanisierung" der polnischen Kinder brauchen, weil sie mit Ostmarkenzulagen und Orden bezahlt würden ꝛc. In der Verhandlung stellte sich heraus, daß der überwachende Polizeibeamte nicht ordentlich polnisch kann und deshalb seine Angaben keinen Anspruch auf Richtigkeit haben. Trotzdem beantragte der Staatsanwalt einen Monat Gefängnis. Das Gericht erkannte jedoch auf Freisprechung. — Zu dem Ausgang des Prozesses bemerkt unser Breslauer Bruderblatt: Das Ergebnis des Prozesses ist allerdings weder für die Anklagebehörde noch insbesondere für die oberschlesische Polizei erfreulich. Auch dem Vorsitzenden des Landgerichts (Pilling) kam es zum Bewußtsein, daß mit derart unzureichenden Kräften die Ueberwachung von politischen Versammlungen nicht mehr zu betreiben ist. Herr Pilling bemerkte, daß es sich doch empfehle, Stenographen mit der Abfassung solcher Berichte zu betrauen, obwohl das gewiß seine Schwierigkeiten habe, was der im Gerichtssaale (als Sachverständiger?) anwesende Herr Polizeirat Mädler durch ein Zeichen bestätigte. Uebrigens sind die hier festgestellten Musterleistungen von Uebersetzungen aus dem Polnischen ins Deutsche keineswegs ein Monopol der oberschlesischen Polizeibehörde, sondern auch gerichtliche Dolmetscher leisten nach der Richtung Erstaunliches. So liegt uns ein Erkenntnis eines oberschlesischen Landgerichts vor, das das Verbot eines polnisch-sozialistischen Arbeiterkalenders ausspricht. Ein Zitat des polnischen Dichters Slowacki wird da in folgender unglaublicher Weise übersetzt: „Mögen die Lebenden die Hoffnung nicht verlieren und vor dem Volke den Maulkorb (!) der Aufklärung tragen." „Maulkorb der Aufklärung"? Das polnische Wort »Kaganiec« bedeutet sowohl Maulkorb wie Fackel und da hat der gerichtlich bestellte Uebersetzer, der das letztere offenbar nicht wußte, seelenruhig das hier ganz sinnlose Wort Maulkorb angebracht. Das ist freilich recht erheiternd, aber etwas anderes ist es doch, wenn wie im Falle Golde solche Unfähigkeit von Beamten zur Einleitung von Strafprozessen führt, die dem unschuldig Angeklagten neben den Mühen und Aufregungen auch erhebliche materielle Opfer, Kosten der Verteidigung, Zeitversäumnisse usw. verursachen. Mit der „kostenlosen" Freisprechung, so erfreulich sie den Angeschuldigten sein mag, ist es da denn doch noch nicht abgetan und es wäre das Mindeste und sollte das Selbstverständlichste sein, daß den Freigesprochenen die materiellen Opfer des Prozesses ersetzt würden. Aber auch so weit sind wir leider im deutschen Reiche noch lange nicht.

Zuzug von Klempnern und Installateuren ist von Heidelberg, Karlsruhe und Pforzheim fernzuhalten. Die Arbeiter haben ihre Kündigung eingereicht, nachdem sich die Verhandlungen mit den Unternehmern zerschlagen.

Die deutschen Gewerkschaften 1891—1904 in graphischer und statistischer Darstellung. Bearbeitet von Louis Brunner. Die im Verlag der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (C. Legien) erschienene, dem 5 deutschen Gewerkschaftskongreß gewidmete Schrift, veranschaulicht in 8 farbigen Tafeln und 4 statistischen Tabellen die Entwickelung der deutschen Gewerkschaften nach Mitgliederzahl, Prozentverhältnis der Organisierten zur Zahl der Berufsangehörigen und Vergleich der einzelnen Industrie- und Berufsgruppen nach ihren Einnahmen, Ausgaben und Kassenbeständen, sowie die Entwickelung ihrer Aufwendungen für Unterstützungs-, Kampfes- und Bildungszwecke. Der bedeutsame Aufschwung der gewerkschaftlichen Organisation ist hier in plastisch wirksamer Weise zur Darstellung gebracht. Man muß es der Generalkommission danken, daß sie dieses Werk nicht nur den Delegierten des Gewerkschaftskongresses, sondern auch weiteren Kreisen der organisierten Arbeiterschaft zugänglich gemacht hat. Wir können die Schrift allen Genossen bestens empfehlen. An Gewerkschaftsmitglieder wird die Schrift zum Selbstkostenpreise von 50 Pfennig abgegeben. Bestellungen sind zu richten an H. Kube, Berlin S. O., Engel-Ufer 15. Im Buchhandel kostet die Schrift 1,50 Mk.

Aus Nah und Fern.

Ein bürgerliches Trauerspiel. Ueber eine Schwurgerichtsverhandlung in Offenburg schreibt Genosse Ad. Geck im Karlsruher „Volksfreund": Noch selten ergriff die Tragik eines Familienschicksals so gewaltig. Der Sohn erschießt den Vater, der die Mutter verstoßen und die Buhlin wieder ins Haus nahm. Vom tötlich getroffenen Erzeuger wendet sich der rasende junge Mensch gegen das Mädchen, das zum zweiten Male Mutter werden soll. Nach bald einstündiger Verfolgung in Haus und Hof suchen Arbeiter der Gehetzten zur Flucht nach dem nahen Walde zu verhelfen. Doch das Verhängnis will es: ein italienischer Arbeiter zeigt dem Burschen die Fliehende, er rast ihr nach; sie schreit wie wahnsinnig, wird eingeholt und bricht lautlos zusammen, da der unsinnige Verfolger ihr mit dem Hammer zwiefach die Schädeldecke einschlug. Das geschah am 11. Mai d. J. auf der großen Ziegelei des Georg Fäßler zu Waltersweier, deren Inhaber ein weit und breit bekannter Mann von 60 Jahren war. Von seiner jetzt 61 Jahre alten Gattin Franziska, geb. Joppers, entstammen die Söhne Johann, Georg und Nikolaus, die Töchter Franziska und Barbara. Der älteste Sohn ist 35, der jüngste Sprosse Nikolaus Fäßler, 19 Jahre alt. Dieser, im Aussehen eines Dreißigjährigen, robuster Statur, aber wie von einer unerträglichen Bürde niedergedrückt, saß am 12. Juli auf der Anklagebank des Schwurgerichts. Rechtsanwalt Muser steht ihm als Verteidiger zur Seite. „Ich bin unschuldig", spricht sicheren Akzents der Totschläger, „denn meinen Vater tötete ich aus Notwehr, die Bertha Kratzer erschlug ich in der Bewußtlosigkeit, welche die seelische Erregung verursachte." Unter den Zeugen sehen wir die Familienangehörigen Fäßlers in Trauer: eine alte kleine, unscheinbare Bauersfrau mit herben Gesichtslinien, diese unglückselige Gattin und Mutter. Der Vorsitzende ermahnt zur sachlichen Kritik über den Vater, den sie alle verfluchen oder doch fürchterlich anklagen; er liegt stumm unter der Erde, kann sich gegen Unrecht nicht mehr wehren. Und es häufen sich bittere Vorwürfe gegen den Vater und Gatten. Die Untreue gegen die legitime Gattin bestehe schon lange, der alte Fäßler, obschon nicht Orientale, sondern aus gut katholischer Bauernfamilie entstammend, huldigte der „freien Liebe" schon seit Dezennien. Seine letzte Liebe war Fräulein Bertha Kratzer von Koppelrodeck, die am selbigen Tage mit ihm endete, 23 Jahre alt. Sie soll hübsch gewesen sein. Vor zwei Jahren diente sie in seinem Hause auf der Waltersweierer Ziegelei; der intime Verkehr brachte unerfreuliche Folgen, sie trug ein Wesen unter dem Herzen, dessen Entwicklung in der Familie Fäßler den vorhandenen Zwist immer häßlicher entfaltete, die Gegensätze zwischen dem Vater und seinen legitimen Nachkommen verschärfte. Im siebenten Monat des erwarteten Mutterglücks verließ die Kratzer das Fäßlersche Haus, von ihrem alten Galan aufs beste behütet und sorgenlos gehalten. Große Summen entnahm der alte Fäßler ungebucht der Geschäftskasse zur Verwendung für die geliebte Berta. Das stieß auf Widerspruch bei den Söhnen, die nun eine Trennung des Ziegeleibetriebes durchsetzten. Der Alte blieb auf der Ziegelei zu Waltersweier, die Söhne Johann und Georg betrieben das Filialgeschäft Schwaterloch auf der Gemarkung Hofweier. Zwei feindliche Lager des familiären Zwistes, der sich zum Kampf auf Leben und Tod entwickelte, waren dadurch hergestellt. Jahre hindurch verschärfte sich der Konflikt zur blutigen Katastrophe; der Benjamin des Hauses Fäßler, der sich zum Helden aufwarf, die Ehre der Familie zu rächen, sitzt auf der Bank der Verbrecher. Widersprechend urteilt das Volk, das die psychologischen und tatsächlichen Momente nur oberflächlich kennt. Ideologen dünken sich die einen, welche den Sohn vor die Assisen zu Paris wünschen, damit er frei oder gar gekrönt werde; andere, auch von der Tragik tief erschütterte Beobachter, glauben, daß eben der Totschlag im Affekt von der Anklage genügend begründet sei. Die Geschworenen verneinten die beiden Hauptfragen und sprachen den Angeklagten der Körperverletzung mit nachgefolgtem Tode schuldig unter Zubilligung mildernder Umstände. Das Urteil gegen Fäßler lautet dahin, daß er wegen der Tötung seines Vaters zu zwei Jahren und wegen der Tötung der Kratzer zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt wird, welche Strafen zu einer Gesamtstrafe von drei Jahren Gefängnis zusammengezogen werden. Die anwesenden Verwandten des Fäßler nahmen das Urteil mit Wehklagen und Geheul auf, das sich auch noch auf der Straße fortsetzte. Das Urteil gegen Fäßler wird allgemein als ein mildes aufgenommen.

Aus der besten der Welten. Ein bisher unbestrafter Maschinist stand in Köln vor dem Gericht, weil er einem Schlafkollegen Kleidungsstücke und eine Uhr weggenommen hatte. Der Angeklagte erklärte: Ich bin seit anderthalb Jahren außerstande, zu arbeiten; ich habe aus Not gehandelt: sonst wäre ich nie zum Dieb geworden. Hier die rechte Hand wollen die Aerzte mir abnehmen; ein Finger und ein Teil der Hand sind schon weg. Aber ich will als junger Mensch die rechte Hand nicht verlieren, und darum bekam ich weder Unterstützung noch will mir die Armenunterstützung etwas geben. Vorigen Winter habe ich schon mit 20 Pf. den Tag leben müssen. Auf die Frage nach der Ursache des Leidens antwortete der Unglückliche: Ich bekam einen Holzsplitter in einen Finger, und darauf entstand Blutvergiftung. — Das Urteil lautete auf 4 Tage Gefängnis, die durch die Untersuchungshaft verbüßt sind. Der Mann wurde der Freiheit wiedergegeben — der Freiheit, zu verhungern oder zu stehlen!

Quittung.

Im Monat Juni gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Altenburg, durch M. Spengler Mk. 300,—. Altenburg, B. E. Buchwald 60,—. Altona-Ottensen, 6. schleswig-holsteinischer Wahlkreis 1000,—. Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 2. Kreis 1200,—. 3. Kreis 1500,—. 4. Kreis Süd Ost 2500,—. 4. Kreis Ost 1500,—. 5. Kreis 500,—. 6. Kreis 7000,—. Berlin, diverse Beiträge: L. u. H. B. 10,—; von den Verwaltungsbeamten der Metallarbeiterkasse 50,—; Dr. L. A. 100,—; Kontobucharbeiter von Wedding 5,—; Machetes 5,—; Jule, Ritterstraße, 2. Quartal 19,20; zum Kampfe für Wahrheit und Recht 4,—; Gutenberg 45,70; für die Reichstagswahl in Oberbarnim 10,—; Dr. A. Fl. 101 8,25; Dr. A. F. Zinsen 20,—; A. B. 50,—; P. S. 50,—; C. D. Gubrau 1,—; v. d. Geburtstagsfeier einer elenden Familie 1,50; Patienten in Grabowsee 6,80; Peru, Kaffee-Ueberschuß 1,40; Mitgl. d. U. Dr. 6,—; Feb. Voß, Tolrea, Mexiko 5,50. Buxtehude, H. Weber v. d. Alten d. Weber 3,—. Bremen, Parteigenossen 500,—. Beuthen, v. d. Parteigenossen 5,—. Bern 50,—. Bremen, Maschinenpersonal der „Bremer Bürger-Zeitung" 24,40. Bant, Wahlverein, 3. Quartal 203,—. Breslau, Sozialdemokr. Verein, f. Juni 150,—. Brandenburg-Westhavelland 100,—. Brieg-Namslau, Wahlverein, Juni Juli 20,—. Brüssel, Fischer 12,10. Kassel-Melsungen, Wahlkr., Juni 1905 50,—. Krefeld, Sozialdem. Volksverein 100,—. Dresden, 4., 5. und 6. sächsischer Reichstags-Wahlkreis 5000,—. Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück, Wahlkreis, für Mai und Juni 50,—. Eberswalde. Patienten der Lungenheilstätte 3,75. Forst i. Lausitz, Roter Skat d. Pl. 1,67. Flensburg, Sozialdemokratischer Verein für den 2. schleswig-holsteinischen Wahlkreis 40,—. Fürth, Wahlverein 20,—. Falkenberg O.-Schl. 2,—. Gotha. Parteibeitrag 30,—. Halberstadt-Wernigerode, Wahlkreis 100,—. Höchst-Usingen, 1. nassauischer Wahlkreis 200,—. Hamburg, in der Exped. d. „Hamburger Echo" eingegangen im Juni 135,—. Hamburg, K. K. 14,—. Idar, Volksverein, 2. Quartal 4,60. Kattowitz O.-Schl. 5,—. Königsberg, Sozialdemokr. Verein, 3. Quartal 05 100,—. Leipzig, 12. u. 13. sächs. Wahlkreis 3000,—. Luckenwalde. Rufus 5,—. München, Waldläufer 5,—. Marienborf, Bergfir., d. H. L. 5,—. Mannheim, Beitrag des Sozialdemokratischen Vereins 200,—. Magdeburg. Sozialdem. Verein Magdeburg u. Umgegend 200. Minden, Parteibeitrag bis zum Juli, für das 2. Halbjahr 20,—. Nürnberg. Dr. S. 5,—. Nieder-Barnim 1000,—. Ober-Peilau I Wahlverein, 1. u. 2. Quartal 05 15,—. Plau i. Meckl. 6,—. Remscheid, durch Lenz 7,20. Stuttgart, C. Z. 3,—. Schweinfurt, Sozialdem. Verein 10,—. Stuttgart, G. U. 10,—. Schönlanke, von Parteigenossen 10,—. Sachsen-Weimar, Landesorganisation 100,—. Sorau-Forst, Zentralverein 300,—. Teltow Beeskow Charlottenburg, vom Zentralwahlverein 250,—. Württemberg 100,—. „Wahrer Jacob", „Neue Zeit", „Gleichheit" 5000,—. Zabrze, Ober-Schlesien, 5,—. Zeitz Weißenfels, Wahlkreis 300,—.

Berlin, den 12. Juli 1905.

Für den Parteivorstand:
J. V.: W. Eberhardt, Lindenstraße 69.

Berichtigung.

In der Quittung vom 11. Juni darf es nicht heißen: München, A. Langer 15,50 sondern Falkenberg O.-Schl. 15,50; außerdem Köln-Land, Sozialdemokr. Verein und Reichstagswahlkreis 249,60, muß heißen Köln-Land und Köln Stadt, Sozialdemokr. Verein und Reichstagswahlkreis 249,60.

Amtliche Notierungen der Produktenbörse.

Inländisches Getreide. Lübeck, 15. Juli.

Weizen, 126—132 Pfd. holl., Mk. 163 bis 173,00, Roggen, 120—126 Pfd. holl., Mk. 152 bis 158. Hafer je nach Qualität, Mk. 142 bis 146. Gerste, je nach Qualität, Mk. 145—155.

---

aber mein Entschluß steht fest! Ich kann, ich darf nicht anders handeln!"

Grimmig stand Sekal von seinem Stuhle auf.

„Nun wohl, ich hatte es gut mit Ihnen vor," rief er empört. „So büßen Sie Ihre Hartnäckigkeit! Sie werden bald erkennen, daß Sie sich eine recht ungenießbare Suppe eingebrockt haben! Jede Verdächtigung, die Sie so unverzeihlich gegen Ihren Freund schleudern, wird auf Ihr eigenes Haupt zurückfallen! Ihre Handlung bedeutet einen gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Selbstmord!"

In förmlicher Zornesglut fuhr der Geheimrat nach Hause. „So gilt es Krieg auf Tod und Leben," sagte er zu sich selbst. „Er oder wir!"

Am nächsten Abend fand das angekündigte Fest in der Villa des Kommerzienrats von Moris statt. In ununterbrochener Folge hielten die Equipagen vor dem hohen Marmorportal; die mit raffiniertem Luxus ausstaffierten Festsäle füllten sich mit den Trägern illustrer Namen, so daß das ganze einer wahren Parade von Kapazitäten der Wissenschaft und Repräsentanten der Haute-Finance gleichsah. Leopold saß an der Seite seiner in weißer, rauschender, kostbarer Seide erstrahlenden Braut, deren Schönheit der Glanz ihrer Millionen und Brillanten in Verbindung mit den feenhaften Licht der elektrischen Kronleuchter in den Augen der Betrachter zu idealer Göttlichkeit steigerte.

Als Dr. Fresen am nächsten Abend den Bericht über die glänzende Festivität in der Zeitung las, schüttelte er mißmutig den Kopf und murmelte betrübt: „Armer Reinhart — eine Verbindung von Gold und Intelligenz! Und da jedes von beiden schon für sich eine Großmacht darstellt, so sind sie vereint schier unüberwindlich! Du wirst einen harten Stand bekommen!"

11.

Die Prophezeiung des Arztes sollte nur zu buchstäblich in Erfüllung gehen!

Dem korrekten Verlauf der Dinge nach hätte eine so außergewöhnliche Anklage, wie Dr. Hohl sie gegen Leopold Sekal erhob, wie ein Blitzstrahl in die gelehrte Welt einschlagen müssen. Daß dies nicht der Fall war, daran trugen mancherlei Momente die Schuld. Erstens hatte Reinhart Hohl durch seine Beschuldigung im Verein für Erdkunde seiner Handlung im voraus die Spitze genommen. Damals hatte der Vorgang wohl Sensation erregt, der Ankläger war aber in Anschluß an den aufregenden Akt geisteskrank geworden und man hatte sich ganz natürlicherweise daran gewöhnt, seine Aktion unter diesem Gesichtspunkte zu betrachten.

Als er jetzt, nach seiner Wiederentlassung aus dem Irrenhause, seine Anklage wiederholte, vermochte sie umsoweniger überzeugend zu wirken, als der Artikel nur im Inseratenteil erschien und sich jedermann bei der Lektüre sofort der besonderen Umstände des ersten Aktes der Affäre erinnerte. Hierzu kam, daß die Zeitungen, soweit sie überhaupt von dem Vorfall Notiz nahmen, ihrem Berichte die Bemerkung hinzufügten: „wie bekannt, sei Dr. Hohl soeben erst aus der Nervenheilanstalt des Professor Wittekindt entlassen worden." Statt sich aufzuregen, nahm daher alles eine abwartende Haltung ein oder schüttelte den Kopf. „Der ist verrückt," sagten einige, und andere fanden „die Sache noch nicht spruchreif."

In ein anderes Stadium trat die sensationelle Angelegenheit durch die bereits am zweiten Tage nach dem Erscheinen des Inserates erfolgende Gegenerklärung Leopold Sekals. Sie war kurz, aber gewichtig.

„Denjenigen gegenüber," hieß es nach einigen einleitenden Worten, „welche die Entwickelung dieser Sache und das traurige Schicksal des Dr. Reinhart Hohl kennen, hätte ich nicht nötig gehabt, mich über die gegen mich gerichtete Anklage auszulassen. Es gibt aber auch viele gar nicht oder doch ungenau unterrichtete Personen, wie es auch möglich wäre, daß mein Schweigen von Uebelwollenden in boshafter Weise gedeutet werden könnte. Lediglich mit Rücksicht darauf und um der Ehre meines Namens und der Wissenschaft willen weise ich die Beschuldigung des Doktor Hohl als jeder faktischen Grundlage entbehrende haltlose Verdächtigungen zurück. Wenn ich mich aus höheren Rücksichten, als meine eigene Person mir auferlegt, dazu entschließen muß, meinen langjährigen, mir so werten Freund Dr. Reinhart Hohl vor das Forum der Gerichte zu zitieren, so tue ich dies unter der ausdrücklichen Verwahrung, daß ich keinerlei Groll gegen ihn selbst hege und fortfahren werde, ihn als meinen treuen Freund und Reisegenossen zu verehren. Ich halte es für meine Pflicht, ihn öffentlich gegen den Verdacht, als sei er ein bewußter Intrigant und Betrüger, in Schutz zu nehmen, ich weiß, daß er von der Realität seiner Behauptungen fest überzeugt ist und nie imstande wäre, gegen sein besseres Bewußtsein etwas zu tun. Es wäre daher tief bedauerlich, wollte man aus seiner Haltung Schlüsse auf seine Moralität und seinen Charakter ziehen oder ihn die Konsequenzen derselben empfinden lassen. Die Notwendigkeit gebietet mir, ihn zur Rechenschaft zu ziehen, aber ich wünsche wahrlich nicht seine Bestrafung; ich suche nur mein Recht, nicht seine Niederlage!

Dr. Leopold Sekal."

Reinhart Hohl geriet über die Erwiderung seines ehemaligen Freundes in helle Wut.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Johs. Stelling. — Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer u. Co. — Sämtliche in Lübeck.